

PROTOKOLL

über die 43. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 18. April 1996, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Mag. Harald Philipps, Karl Holub, Edith Radmoser, Ing. Othmar Schloßgangl, Dr. Tilman Schwager, Ing. Dietmar Spanring, Wilhelm Spöck, Leopold Tatzreiter, Franz Straßer, Walter Strobl

GEMEINDERÄTE:

Arno Thummerer, Kurt Apfelthaler, Marco Vanek, Hermann Bachner, Ingrid Weixlberger, Felicitas Bauer, Josef Brandstötter

VOM AMT:

Ulrike Fuchs, MD Dr. Kurt Schmidl, Günter Fürweger, SR. Dr. Gerhard Alphasamer, Walter Gabath, OMR. Mag. Helmut Lemmerer, Hans Dieter Götz, Gerald Hackl, Richard Gollatsch, OAR Walter Kerbl, Engelbert Huber, OAR Dir. Helmut Riedler, Klaus Jansky, TOAR Dir. Ing. Wolfgang Wein, Anna Jeloucan, Engelbert Lengauer

PROTOKOLLFÜHRER:

Walter Oppl, OAR Anton Obrist, Hans Payrleithner, Gabriele Angerbauer

T a g e s o r d n u n g

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer.
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kennntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates

gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

Präs-118/96 Dienstkraftwagen; Ersatzbeschaffung.

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bau2-6446/86 Freigabe der ersten Förderungsrate für den Gesamtausbau des FAZAT Steyr in Höhe von S 10 Mio.

2) GemIII-3121/88 Novellierung der Gemeinde-Getränkeabgabenver- gabenverordnung der Stadt Steyr vom 3. 7. 1992, i. d. F. vom 22. 4. 1993.

3) Fin-40/96 Sportcity Glaser, 4400 Steyr, Infangstraße 2; Gewerbeförderung.

4) Präs-227/89 Statuten über den Wirkungsbereich des Gestaltungsbeirates; Ergänzung der Geschäftsordnung.

5) GHJ1-1/96 Softwareerweiterung für Brückenbau und Kanalangelegenheiten. Präs-137/96 Antrag der F-Gemeinderatsfraktion betreffend Ausgliederung und Privatisierung der Städtischen Bücherei.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

7) SH-38/96 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 1996.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Fin-89/94 Museum Industrielle Arbeitswelt; Förderung 1996.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

9) Bau2-3641/92 Entsorgungskonzept für Klärschlamm aus Abwasserentsorgungsanlagen gem. § 8 OÖ. Bodenschutzgesetz 1991; Konzepterstellung für die Statutarstadt Steyr; Beschlußfassung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

10) Stw-13/96 Erdgasaufschließung Waldrandsiedlung, 4. Teil; Erneuerung Erdgaszuleitung Bereich ARBÖ - Ortskai; Erneuerung Trinkwasserversorgungsleitung Nelkengasse.

11) Stw-18/96 Städt. Wasserwerk; verbraucherpreisindexbedingte Anhebung der Anschlußgebühren zufolge des Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung vom 29. 11.1995.

12) Stw-20/96 Krematorium; sanierungsbedingte etappenweise Anhebung der Veranschlagungsgebühren.

13) Stw-2/95 Städt. Gaswerk; Erdgasliefervertrag mit der OÖ. Ferngas AG; Vertragsanpassung für Bereitstellungs- und Jahresabnahmemenge.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

BauH-143/94 Alten- und Pflegeheim Tabor; Konkurs

Fa. Hamberger; Schwesternstützpunkte; Instandsetzungsarbeiten.

15) Fin-225/95 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 1996.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

16) Bau3-27/93 Baumaßnahmen Christkindlsiedlung; Antrag Bau6-28/93 um Vergabe von Nachträgen und Auftragsweiterung NS 10 - Aschacher Straße. Bau5-201/93 Baustelle Kommunalzentrum; Insolvenz- verfahren Fa. Enerco, Steyr; Fertigstellung der Arbeiten für die Regelungstechnik.

18) Ges-15/95 Straßenbenennung „Sandmayr“.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

19) Fin-66/96 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung 1996.

-

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

20) ÖAG-11/96 Grundstück 46/5, KG Steyr; Firma Braunsberger; Einräumung einer Option.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich begrüße Sie herzlich und eröffne die heutige Sitzung. Ich begrüße auch die Herren von der Presse und die Dame, die uns heute als Publikum zur Verfügung steht. Die Sitzung wurde ordnungsgemäß und zeitgerecht einberufen. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Als Protokollprüfer wurden mir Frau Gemeinderätin Edith Radmoser und Herr Gemeinderat Marco Vanek gemeldet. Nehmen die beiden Herrschaften diese Funktion an? Ja, das tun sie, ich bitte, das dem Protokoll einzufügen. Entschuldigt haben sich Frau Gemeinderätin Brigitte Lohnecker, Herr Gemeinderat Oberreiter, Herr Gemeinderat Rohrauer und Herr Gemeinderat Rupprecht. Herr Stadtrat Holub hat angekündigt, daß er aus beruflichen Gründen etwas später erscheinen wird. Zur Behandlung von allfälligen Anfragen unter Punkt 2) darf ich Ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, daß mit Schreiben vom 25. 3. 1996 die F-Gemeinderatsfraktion folgende Anfrage an mich richtet:

„Gemäß § 10 der Geschäfts-ordnung der Stadt Steyr stellt die freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgende schriftliche Anfrage an Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Der Fuhrpark des Magistrates Steyr hat derzeit einen Bestand von 3 Dienstautos:

BMW 525b TDS Exekutive

Fiat Croma I. E.

Fiat Regatta

Der erstgenannte Dienstwagen wird ausschließlich von Herrn Bürgermeister Leithenmayr benützt, der Fiat Croma obliegt der überwiegenden Benützung von Frau Vbgm. Mach.

In einer unlängst stattgefundenen Prüfung durch die Fachabteilung für Kontrolle und Revision wurde festgestellt, daß die Fahrtenbücher, insbesondere für das Dienstauto für Frau Vbgm. Mach, mangelhaft geführt wurden. Für die jeweiligen Fahrten wurden z. B. lediglich „Stadtfahrten“ eingetragen.

Der 3. Dienstwagen, Fiat Regatta, wurde angeblich lediglich als Postfahrzeug verwendet und wurde unlängst ausgeschieden.

Aus obigem Sachverhalt ergeben sich folgende Fragen an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, um deren Beantwortung wir in der nächsten Gemeinderatssitzung ersuchen:

Durch welche Beschlüsse sind die Privatfahrten von Frau Vbgm. Mach gedeckt?

Welchen Tätigkeiten gehen die beiden Chauffeure während der Stehzeiten nach?

Wurde die beanstandete mangelhafte Führung des Fahrtenbuches bereits geändert?

Warum kann nicht mit einem Dienstwagen und einem Chauffeur für die Bürgermeister das Auslangen gefunden werden?“

Hiezu kann ich, meine Damen und Herren, folgendes berichten und in Beantwortung zu diesen Fragen sagen:

Zu der eingangs zitierten unlängst stattgefundenen Prüfung durch die FA Kontrolle u. Revision und dem daraus resultierenden Bericht muß ich ausdrücklich feststellen, daß das Fahrtenbuch für das Dienstauto Croma ordnungsgemäß geführt wurde und die Mangelhaftigkeit lediglich darin gesehen wurde, daß einige wenige Fahrten vom Nutzer bzw. Auftraggeber nicht abgezeichnet worden sind.

zu 1)

Die Fahrten von Frau Vbgm. Mach standen immer in Zusammenhang mit ihrer dienstlichen Tätigkeit, egal wo und wohin diese führten und stellen für mich keine Privatfahrten dar. Ich füge noch hinzu, daß sie überhaupt keine Privatfahrten mit dem Dienstfahrzeug durchgeführt hat, so wie ich das auch nicht tue!

zu 2)

Die beiden Chauffeure sind weiters für die Wartung und Reinigung der Fahrzeuge zuständig. Neben den Fahrten für Frau Vbgm. Mach wird das Fahrzeug Croma unter anderem auch für Fahrten mit Zöglingen im Auftrag des Jugendamtes, für Lebensmittel- und Wasserproben Transporte, die termingemäß durchgeführt werden müssen, und für andere Dienstfahrten verwendet.

zu 3)

Die Fahrtenbücher wurden seit der Überprüfung einheitlich und ordnungsgemäß geführt. Es ist geplant, die einheitliche Führung der Fahrtenbücher in die neu zu erlassende Dienstbetriebsordnung

einzubauen.

zu 4)

Es ist unbestritten, daß in den letzten 20 Jahren die politische und administrative Arbeit nicht weniger geworden ist. Schon damals standen allerdings 2 Dienstkraftwagen mit Chauffeuren für diverse Fahrten bzw. Fahraufträge zur Verfügung. Eine weitere Reduzierung der Dienstkraftfahrzeuge und Chauffeure würde meines Erachtens keine Kostenreduzierung, sondern eine Kosterhöhung - bedingt durch Zeitverzögerungen, aber auch durch Arbeiterschwernisse - bedeuten.

Eine weitere Anfrage richtete die F-Gemeinderatsfraktion mit Datum 4. 4. 1996 an mich, sie lautet:

„Gem. § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr richten die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates nachstehende Anfrage an den Herrn Bürgermeister der Stadt Steyr:

„Der Sportverein „Vorwärts Steyr“, vertreten durch seine „Präsidenten“ Alois Radlspäck und Leo Dittrich, greift Organe und Beamte der Stadt Steyr in verschiedensten Pressemitteilungen öffentlich an. So erfolgten nicht nur Schuld-zuweisungen für die schlechten Spielerfolge des Vereines, zuletzt wurde auch mehrfach in Medien nicht nur die Vermutung, sondern die konkrete Behauptung aufgestellt, das Kontrollamt bzw. Beamte hätten den Medien geheimes Zahlenmaterial zugespielt.

Wir bitten daher um Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Welche Zuwendungen direkter und indirekter Art sind dem Verein Vorwärts Steyr seit seiner Zugehörigkeit zur obersten Bundesliga durch die Stadt Steyr zugekommen?
2. Welche Maßnahmen wurden zum Schutz der medial verdächtigten Beamtenschaft vorgenommen?
3. Kommt der Verein Vorwärts Steyr seinen Zahlungsverpflichtungen, die gegenüber der Stadt Steyr berichtspflichtig sind, pünktlich nach, wenn nein: was wurde veranlaßt, um die Stadt Steyr vor Schäden zu bewahren?“

Hiezu möchte ich folgendes mitteilen:

Zu 1)

Seit dem Jahr 1990 sind dem SK Vorwärts durch die Stadt Förderungsmittel in einer Gesamtsumme von S 10.572.737,- zugeflossen. Zählt man die erhaltenen Landesmittel in Höhe von S 4.850.000,- dazu, so erhielt der SK Vorwärts in den letzten 7 Jahren öffentliche Förderungsmittel in Höhe von S 15.422.737,-.

Zusätzlichen wurden von der Stadt folgende Leistungen erbracht:

Bezahlung von Trainingseinheiten in der Sportcity Glaser,

Rasenpflege (Rasenmähen, Schneeräumung) durch die Stadtgärtnerei,

Übernahme einer Bürgschaft von 9 Millionen Schilling und

die moralische und tatsächliche Unterstützung bei der Erreichung von Landesförderungsmitteln in Höhe von S 4.450.000,-.

Zu 2)

In einer Pressekonferenz am 28. 3. d. J. habe ich mich persönlich vor die Beamtenschaft des Magistrates Steyr gestellt und mich gegen jede Verdächtigung gegen die Beamten, insbesondere jene der FA für Kontrolle u. Revision, aufs heftigste verwehrt und diese zurück-gewiesen und ausgeschlossen. Ich bin nämlich überzeugt davon - das füge ich hinzu -, daß diese Indiskretionen nicht über die Beamtenschaft an die Medien gegangen sind.

Durch einen Rechtsanwalt wird übrigens die Einbringung einer Klage gegen Meldungen einer Sportzeitung überprüft und auch bei Gericht eingebracht. Damit soll zumindest in Zukunft die Verbreitung solch unrichtiger Behauptungen hintangehalten werden.

zu 3)

Aus der Darlehensvereinbarung zwischen dem SK Vorwärts und der Raika Sierning hat der SK Vorwärts zum 1. 7. und 1. 1. jeden Jahres eine Annuitätenzahlung in einer festgelegten Höhe zu leisten.

Die erste Rate aus diesem Vertrag wurde verspätet, aber doch am 24. 8. 1995 bezahlt. Die zweite Rate, die am 1. 1. 1996 fällig war, ist meines Wissens noch nicht überwiesen worden. Hinzufügen möchte ich noch, daß mit Schreiben vom 5. 3. 1996 die Lustbarkeitsabgabe in Höhe von S 645.622,74 und die Kommunal-abgabe 1994 in Höhe von S 152.579,84 fällig gestellt und eingemahnt wurde. Bezahlt wurde bis zum heutigen Tag nichts. Die Kommunalabgabe 1995 in Höhe von S 138.881,- wurde diese Woche eingemahnt. Es ist auch so, daß wir in Übereinstimmung erklärt haben, daß die Stadt an sich keine Forderung an die Vorwärts hätte, wenn diese ihrerseits ihren Zahlungsver-pflichtungen, die vereinbarungs-gemäß festgelegt wurden, auch nachkommt. Bei den Fällig-stellungen, von denen die Rede ist, handelt es sich lediglich um Sicherheiten, die in diesen Triangelvertrag eingebaut wurden.

Damit habe ich die Anfragen beantwortet. Zu Punkt 3) ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, es war eine Zusatzfrage, die sie offensichtlich überhört haben.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wie kommt man jetzt mit 2 Dienstautos aus? Und wer fährt jetzt weniger?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben dieses Fahrzeug Regatta im Einsatz gehabt für die Postabholung und -verteilung zu den verschiedenen Dienststellen in der Stadt. Wir haben im Zuge unserer Sparaktivitäten gesagt, wir müssen auch dort eine Straffung vornehmen, werden also dieses dritte Auto abmelden. Das ist auch geschehen. Wir haben auch die Garage gekündigt. Es wird jetzt von dem Fiat Chroma, der der Frau Kollegin Mach zur Verfügung steht, neben den anderen Aktivitäten auch die Postfahrt übernommen. Das heißt, es kommt in diesem Bereich zu einer Einsparung. Die Frage ist beantwortet, ich danke vielmals.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters:

Ich darf mitteilen, was auch in den Medien bereits erschienen ist, nämlich daß die Stadt 2 Streetworker bekommt. Es ist eine Verhandlung mit dem Land Oberösterreich vorausgegangen und es ist uns gelungen, ein Drittel der Kosten für die Stadt herauszuverhandeln, das werden in etwa 400.000 Schilling sein ab dem kommenden Jahr. Im heurigen Jahr werden wir mit dem Budgetansatz von 250.000 Schilling auskommen. Erfreulich, positiv und dankenswert ist es, daß die Pfarre Resthof der Stadt kostenlos entsprechende Räumlichkeiten, in denen diese Streetworker situiert werden sollen, angeboten hat. Wir nehmen dieses Angebot gerne an. Ich darf mitteilen, daß eine Begehung mit dem Vertreter des Landesmusik-schulwerkes im Reithofferhaus stattgefunden hat. Es geht auch darum, eine lange unerledigte Problem - nämlich die Situierung der Musikschule, die schon lange aus ihren Nähten platzt in den Räumlichkeiten, in denen sie jetzt untergebracht ist - einer Lösung zuzuführen. Es sind verschiedene Ansatzpunkte in der Vergangenheit geprüft worden, zuletzt eine Situierung im Hotel Münchenholz, die aber von seiten der Landesmusikschule abgelehnt wurde. Wir haben am 21. März eine Begehung vorgenommen, an der der Vertreter der Landesmusikschule und Herr Dir. Reiter von unserer Musikschule in Steyr teilgenommen haben. Es hat sich gezeigt, daß zunächst einmal eine sehr positive Haltung eingenommen wurde und daß wir eine schriftliche Stellungnahme des Landesmusikschulwerkes in nächster Zeit erwarten dürfen, wie sie sich vorstellen zukünftig vorzugehen, um dieses Problem zu lösen.

Zur Nordspange kann ich berichten - es war auch schon in den Zeitungen zu lesen -, daß sich doch nach unseren massiven Bemühungen insofern eine Lösung ergeben hat, daß im Gipfel der Bundesregierung ein beträchtlicher Betrag von insgesamt 33 Milliarden Schilling von mehreren Jahren vorgezogen wurde, daß im Zuge dieses Konjunkturankurbelungs-programms die Hochbauarbeiten überwiegend enthalten sind und daß unter anderem die Steyrer Nordspange als einziges Bundesstraßenbauprojekt in Oberösterreich - sonst sind es nur autobahnlose - konkret festgeschrieben wurde und auch eine Codierung für das heurige Jahr von 100 Millionen Schilling vorgenommen worden ist. Damit - so hat mir der Landesstraßen-baureferent Landesrat Hiesel versichert - geht unmittelbar der Auftrag hinaus - bzw. ist hinausgegangen -, die Grundablöseverhandlungen in Angriff zu nehmen, in weiterer Folge die Ausschreibung und einen Baubeginn noch im heurigen Jahr vorzunehmen. Das ist so hier zu berichten. Damit Legendenbildungen und irgendwelchen Diskussionen auch begegnet wird: Es ist natürlich nicht möglich, daß der Bund mit seinem Straßenbauprogramm unser zusätzliches Altersheim baut, wie das in einigen Medien von grüner Seite kolportiert wurde. So können wir die Mittel leider nicht hin und her schieben. Ich bin sehr froh, daß zumindest die Nordspange nunmehr gesichert erscheint. In der Angelegenheit Alten- und Pflegeheim und Zusätzliches aufgrund der Verordnung und der Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben, werden wir eigene Anstrengungen unternehmen müssen.

Zur Bahnhof-Überbauung darf ich berichten - das ist das zweite große Verkehrsprojekt -, daß der ÖBB-Aufsichtsrat in seiner letzten Sitzung dieses Projekt beschlossen hat und auch der Finanzierung der mit rund 110 Millionen Schilling (inkl. Planung und Bauleitung sowie Bahnsteig-Verbesserungsmaßnahmen) veranschlagten Großinvestition zugestimmt hat. Die Bahnhofsüberbauung sieht unter anderem ein zweigeschoßiges Parkdeck mit rund 200 Stellplätzen sowie 9 Stellplätzen für die Bundesbusse vor und wird vor allem eine direkte Verbindung mit der Eisenbundesstraße B 115 schaffen. Damit wird eine optimale Verknüpfung der öffentlichen Verkehrsmittel Bahn, Bundes- und städtische Busse ermöglicht und somit der innerstädtische Verkehrsring (Ennsdorf, Bahnhofstraße, Dukartstraße) entscheidend entlastet.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich berichten, daß sich die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen im März 1996 im Vergleich zum Vormonat um 391 Personen auf 3.338 Arbeitslose verringert hat. Die Quote ist immer noch sehr hoch. Es scheint auch so, daß wir deswegen eine höhere Arbeitslosenrate haben, weil dieser langer Winter das Anspringen der Baukonjunktur hinausgezögert hat. Ich glaube, daß der Monat April sich deutlich bessern wird. Probleme gibt es bei der Findung von Lehrstellen. Hier hat sich eine deutliche Verschlechterung

ergeben. Es zeigt sich, daß wir in 10 Jahren etwa um ein Viertel weniger Lehrstellen zur Verfügung haben, das ist meiner Meinung nach ein ernsthaftes strukturelles Problem, mit dem man sich beschäftigen müssen wird. Es ist nämlich auch im Interesse der Wirtschaft von höchster Bedeutung, daß in der Zukunft qualifiziertes Personal in handwerklichen Berufen zur Verfügung steht. Wenn sich diese Entwicklung so fortsetzt, wird auch hier die Notwendigkeit bestehen - jedenfalls aus meiner Sicht -, daß man sich mit dieser Materie auseinandersetzt. Es müssen - wenn die Betriebe diese Ausbildungen nicht vornehmen - überregionale Lehrwerkstätten stärker herangezogen werden, um den Bedarf für die nächsten Jahrzehnte zu decken, denn sonst könnte sich das sehr rächen. Gerade wir in Steyr wissen, daß die Investitionen der großen Industriekonzerne in Steyr nahezu ausschließlich deswegen getätigt wurden, weil bei uns so hochqualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Die Förderungen sind hier zweitrangig gewesen, denn die bekommen sie woanders auch. Wir müssen auf diesen Umstand größten Wert legen und auch in Zukunft sichern, daß dieses Personal auch in Zukunft zur Verfügung steht. Damit wäre ich mit meinen Berichten am Ende. Ich bitte sie, die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Unterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen und gebe den Vorsitz an die Frau Kollegin Mach ab, um die Verhandlungsgegenstände behandeln zu können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Genehmigung einer Förderungsrate zum Ausbau des FAZAT im Ausmaß von 10 Millionen Schilling. Wie sie wissen, haben wir in einer ganzen Reihe sehr schwieriger Verhandlungen mit Bund und Land einen Vollausbau des FAZAT vereinbaren können, wobei dieser Vollausbau dazu dient, um erstens der Fachhochschule - diesem Studiengang für Produktions- und Managementaufgaben - eine Heimat zu bieten, zum anderen aber auch Räumlichkeiten zu schaffen, die für VPTÖ, also für die Vereinigung zur Modernisierung der österreichischen Produktionstechnologien, notwendig sind. Es ist natürlich günstiger und zweckmäßiger, wenn das in einem Zuge durchgeführt wird, wobei wir von einem Volumen von rund 100 Millionen reden. Es ist so, daß der Teil, der der Bildung dient, nämlich die Fachhochschule, gegen ursprüngliche Annahmen leicht reduzierte Kosten mit sich bringt. Wir führen bzw. gedenken noch Verhandlungen mit dem Land Oberösterreich zu führen, um diese Einsparungen, die sich abzeichnen, auch der Stadt zugute kommen zu lassen. Erfreulich ist, daß im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht das Steyrer Modell VPTÖ auch auf andere Standorte in Österreich übertragen werden soll. Es ist dabei interessant, daß in Villach ein ähnliches Forschungszentrum - ein universitäres Forschungszentrum, aber außerhalb der Universitäten - geplant wird. Herr Prof. Zeichen wurde beauftragt, sich mit dieser Implementierung zu beschäftigen. Das ist offensichtlich ein Zeichen dafür, daß man dem Steyrer Modell - so nennt man das mittlerweile - jedenfalls bisher bescheinigt, daß eine positive Entwicklung stattfindet, und man möchte diese außeruniversitären Forschungseinrichtungen auch auf andere Standorte übertragen. Im gegenständlichen Fall geht es um folgenden Antrag:

1) Bau2-6446/86 Freigabe der ersten Förderungsrate für den Gesamtausbau des FAZAT Steyr in Höhe von 10 Millionen Schilling.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom

13. 2. 1996 wird die 1. Förderungsrate für den Gesamtausbau des FAZAT Steyr in Höhe von 10 Millionen Schilling bei VASSt. 5/2890/777000.2 freigegeben. Die Auszahlung der Förderungsrate hat in 4 gleichen Teilbeträgen zu je 2,5 Millionen Schilling dergestalt zu erfolgen, daß die 1. Rate unmittelbar nach Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr, die 2. Rate am 1. Mai 1996, die 3. Rate am 1. Juli 1996 und die 4. Rate am 1. September 1996 an den Verein FAZAT zur Auszahlung gebracht wird.

Ich bitte, darüber debattieren und abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlußwort auch nicht, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Danke, der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der zweite Antrag beschäftigt sich mit einer Änderung der Ge-tränkeabgabenverordnung unserer Stadt. Dieser Antrag ist notwendig geworden, weil sich eine landes-gesetzliche Veränderung ergeben hat. Es geht um eine Vereinheit-lichung, eine Verbesserung, welche die Terminsituation anbelangt und den Wirtschaftstreibenden wahrscheinlich entgegenkommt. Der Antrag lautet:

2) GemIII-3121/88 Novellierung der Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr vom 3. 7. 1992, i. d. F. vom 22. 4. 1993.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuer-angelegenheiten vom 13. Februar 1996 wird die in der Anlage beigeschlossene novellierte Gemeinde-Getränkeabgabenverord-nung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt mit 1. 1. 1996 in Kraft. Die Kundmachung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr.

Ich bitte auch hier, darüber zu debattieren und abzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, Stimment-haltungen? Keine. Danke, der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der dritte Punkt betrifft eine Gewerbeförderungsangelegenheit für die Sportcity Glaser. Wir haben im Schoß der Fraktionen längere Zeit über Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit, Höhe etc. einer Förderung verhandelt. Das war nicht einfach, weil hier auch Banken als Geldgeber im Spiel gewesen sind. Letzten Endes haben wir uns darauf geeinigt, dieser wichtigen infrastrukturellen Einrichtung im Resthof, der ohnehin mit solchen Einrichtungen nicht gesegnet ist, eine Förderung zu gewähren. Der Stadtsenat hat sie bereits beschlossen. Heute ergeht der folgende Antrag an den Gemeinderat:

3. Fin-40/96 Sportcity Glaser, Steyr, Infangstraße 2; Gewerbe-förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 21. Februar 1996 wird der Sportcity Glaser, Infangstraße 2, 4407 Steyr, eine Gewerbeförderung in Höhe von S 1.000.000,--, auszuzahlen in 5 Jahresraten zu je S 200.000,--, gewährt und der Abschreibung der noch aushaftenden Grundkaufpreistraten samt Wertsicherung in Höhe von S 520.379,70 zugestimmt.

Zu diesem Zweck werden bei VASSt. 5/7820/756000.9 Mittel in der Höhe von S 200.000,-- für das Rechnungsjahr 1996 freigegeben sowie die noch aushaftenden Grundkaufpreistraten samt Wertsicherung in Höhe von S 520.379,70 abgeschrieben.

Auch hier bitte ich um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Payrleithner, bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Die ganze Angelegenheit um die Sportcity Glaser zieht sich ja schon einige Zeit hin. Die Probleme dort sind nichts Neues. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir mit dem uns heute vorliegenden Antrag - im Rahmen der Gewerbeförderung 1 Million Schilling, aufgeteilt auf 5 Jahre, 200.000 Schilling pro Jahr - die Probleme dieses Institutes lösen werden. Herr Helmut Glaser hat - und das ist die Tatsache bei dieser ganzen Angelegenheit, es ist nämlich sicherlich auch eine menschliche Tragödie - vor vielen Jahren mit sehr viel Engagement, und ich glaube auch unter gewaltigem Einsatz von Eigenleistungen diese Sportcity errichtet. Dem gegenüber steht aber auch die Tatsache, daß wir hier herinnen verantwortungsvoll mit den uns anvertrauten Steuergeldern umgehen zu haben. In Anbetracht der Schulden, die letzten Endes - wenn man alle Umstände berücksichtigt - immerhin noch immer 13 Millionen Schilling ausmachen, kann ich mir wirklich nicht vorstellen, daß wir mit dieser Subvention die Probleme langfristig - geschweige denn kurzfristig - lösen können. Der Herr Bürgermeister hat sicherlich recht, daß diese Einrichtung - gerade im Resthof, wo es ja bekanntlich wirklich an Infrastruktur fehlt - eine sehr wichtige Einrichtung ist. Ich glaube aber, daß es in dem konkreten Fall, so hart das auch klingt, besser ist und wir besser beraten sind, wenn man hier ein Ende mit Schrecken herbeiführt, als kurzfristig vielleicht gutes Geld dort hineinsteckt, wo meiner Meinung nach langfristig nichts positives herauskommen kann. Ich bin aber gerne bereit - wenn mich jemand vom Gegenteil überzeugt -, meine Meinung zu ändern. Aber unter diesen Umständen wie sie uns heute hier vorliegen, kann ich dem die Zustimmung nicht geben. Ich werde dagegen stimmen. Ich weiß nicht, wie sich der Rest unserer Fraktion dazu verhalten wird. Ich glaube, es wäre unverantwortlich, zuzustimmen. Wie gesagt, vielleicht liegt die Chance in einem Neubeginn, indem man das hier mehr oder weniger in einem Konkurs auslaufen läßt - oder in einem Ausgleich, das sei

dahingestellt - und mit einem Neubeginn dort etwas Ordentliches aufzieht. Es ist auch - glaube ich - zu hinterfragen, ob die Anlage an sich noch zeitgerecht ist. Das Kegeln war vielleicht auch mehr von der Jugend vor 20 Jahren akzeptiert, heute sind Freizeiteinrichtungen anderer Art eher gefragt. Es ist auch hier die berechnete Frage, ob nicht Überlegungen angestellt werden sollen, das attraktiver zu gestalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERKE MACH:

Danke. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Herr Mag. Philipps bitte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertiges Präsidium! Es steht natürlich außer Frage, daß es sich hier um eine etwas in Schwierigkeiten befindliche Institution handelt. Ich glaube aber, daß wir schon betrachten sollten, daß der Leiter dieser Institution - derjenige, der das aufgebaut hat mit einem hohen Mittel an Eigenleistungen, mein Vorredner hat das ja schon gesagt - doch jede Möglichkeit erhalten sollte, wenn er versucht, diese Institution mit normalen Mitteln - ich sage jetzt absichtlich normale Mittel, also nicht mit Konkurs oder Ausgleich - am Leben zu erhalten. Es steht außer Frage und ich bin überzeugt von diesen Worten, daß es sich hier um ein sportliches Zentrum im Resthof handelt und ich glaube, wir müßten schon darauf schauen, daß es jede erdenkliche, mögliche Hilfe gibt, hier in diesem - ich nenne es einmal - „Krisengebiet der Jugend“ die Möglichkeit zu geben, sich sportlich zu betätigen und damit diese Jugend von der Straße wegzubekommen. Ich spreche nicht ganz nicht in eigener Sache, weil ich selbst an und für sich auch Squasher bin und daher auch aus dem Eigenen plaudern kann. Es ist uns auch hier gelungen, bereits Jugendliche aus sehr zerrütteten Familien - sehr zerrütteten Situationen - wieder zum Sport zu bringen und diese auch - wenn ich so sagen darf - zu retten. Daher glaube ich, daß es unbedingt notwendig ist und möglich sein muß, daß man hier unter die Arme greift. Zum Thema „moderne Einrichtung“: Es handelt sich hier - glaube ich -, wenn man den Bereich Kegeln betrachtet, um eine der modernsten Anlagen Europas.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Herr Stadtrat Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Die Verhandlungen und Beratungen für eine Förderung der Sportcity Glaser ziehen sich nun fast schon 2 Jahre hin. Wir haben notfalls den Vergleich angestellt mit Vorwärts. Es ist sicherlich nicht einfach, daß man auch hier einen Sportbetrieb fördert, wo wir wissen, daß es ihm erstens einmal sehr, sehr schlecht geht und wir zweitens sehr besorgt waren und zum Teil auch noch sind, ob sich durch diese Subventionen dieser Betrieb retten lassen können. Wir haben daher seitens der ÖVP-Fraktion die Forderung gestellt, ein Konzept von einem Steuerberater ausarbeiten zu lassen, in dem die Wirtschaftlichkeit prüft, ob es überhaupt möglich ist, daß mit der Gewährung dieser Zuschüsse dieser Betrieb lebensfähig wird. Nach glaublicher Darstellung sollte der Saldo im Jahre 2005 auf fast die Hälfte reduziert werden, auf rund 2 Millionen Schilling. Wir haben auch verlangt - wir hätten ja

schon viel früher Subventionen gewähren sollen und haben darüber beraten, das habe ich schon gesagt -, daß auch das zuständige Geldinstitut entsprechende Reduzierungen vornimmt. Die haben das gemacht und die Leistungen, die Herr Glaser selber einbringt, sind ganz beachtlich. Wir müssen nur hoffen, daß er gesund und bei Kräften bleibt, daß er die Zeit bis dahin nützen kann, und daß es durch seinen persönlichen Einsatz und durch die Mittel, die er zuschießt, möglich sein wird, das angepeilte Ziel einer Verminderung des Schuldenstandes zu erreichen, sodaß dieser Sportbetrieb auch lebensfähig sein wird. Außer Zweifel steht auch für uns die Frage, daß das im Stadtteil Resthof die einzige Sportmöglichkeit ist und daher aus infrastrukturellen Gründen eine Fortführung dieses Betriebes zu bejahen ist. Es fällt uns nicht leicht, hier unsere Zustimmung zu geben, doch aufgrund der Unterlagen des Steuerberaters, der gemachten Zusagen und Reduktionen durch das Geldinstitut und der Eigenleistungen des Firmeninhabers werden wir diesem Antrag die Zustimmung geben, weil wir auch glauben, daß - wenn die Firma Glaser bzw. die Sportcity Glaser in Konkurs gehen würde - sicherlich auf die Stadt eine ganz große Belastung zukommen würde. Wer immer das dann nimmt - wie auch mein Vorredner gesagt hat, man läßt in Konkurs gehen, dann wird es verwertet, man sucht einen Betreiber dafür -, wird als erstes kommen und sagen „Liebe Stadt, was ist dir das wert, was zahlst du mir?“ und wird genauso Subventionen einfordern. Ich kann nur hoffen und wünschen, daß die Bemühungen des Herrn Glaser aufgehen und wir hoffen alle, daß es gut geht mit dieser Subvention. Auf jeden Fall ist ein ehrliches Bemühen von seiten des Betreibers gegeben. Wenn man weiß, welch große Opfer er gebracht hat - bis auf sein Existenzminimum -, wieviel aus seinem Privatvermögen er hineingegeben hat, wieviel er sogar aus seiner Lebensversicherung dazu beigetragen hat, dann muß man das anerkennen. Und in Anbetracht der Situation in diesem Stadtteil glauben wir, daß diese Subvention gerechtfertigt ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinde-rat Fürweger, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat! Fürchten brauchen wir nicht, daß das abgerissen wird, Herr Gemeinderat Philipps. Die Sportcity Glaser wird weiter bestehen. Es werden sich die Besitzer wahrscheinlich einmal ändern. Das einmal zum ersten. Zum zweiten: Daß es nur mit dieser Einrichtung abgetan ist, Sozialprobleme im Resthof zu bewältigen, glaube ich nicht. Ich habe vor einem Jahr Herrn Stadtrat Tatzreiter gefragt, was mit diesem Wiesengrundstück neben der Sportcity Glaser passiert, und er hat es mir nicht ordentlich gesagt. Und ich habe voriges Jahr den Herrn Bürgermeister gefragt. Man hat voriges Jahr endlich einmal begonnen, diese Wiese zu besäen, aber bis heute sind noch keine Tore dort und keine Zäune, sodaß die Buben kostenlos einem Sport nachgehen können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Vorige Woche war noch Winter, Herr Kollege!

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Eines muß man nämlich auch sagen: Die Sportcity Glaser ist ja nicht gratis! Es müssen alle, egal was

sie benützen, auch dafür zahlen. Es muß halt auch der Besitzer eine ordentliche Kostenrechnung anstellen. So einfach kann man sich das nicht machen! Wenn wir immer hören „hoffen, hoffen ...!“, so wie gerade jetzt bei meinem Vorredner, der sagte „wir hoffen“, dann muß ich dazu sagen, man hat auch bei der Vorwärts Steyr gehofft und jetzt wissen alle, wie es ausgegangen ist. Mit hoffen - glaube ich - können wir in dieser Zeit nicht mehr arbeiten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Bremm, bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wünschen würden wir uns natürlich, daß in diesen Bereichen, die ja nicht immer sehr einfach zu führen sind, alles problemlos wäre, daß das Geld fließen würde, daß die Einnahmen dementsprechend hoch sein würden. Aber gerade ihr, Kollegen von der Freiheitlichen Partei, habt ja gewußt, wie es zum Beispiel in Innsbruck war. Nicht nur in Steyr, sondern auch in Innsbruck ist es nicht so problemlos gewesen. Und gerade ein führender Funktionär eures Kreises hat auch mitgeholfen - ich möchte jetzt nicht qualifizieren, in welcher Form -, daß dort Gelder geflossen sind. Aber ich glaube, daß wir es uns nicht so einfach machen sollten. Wir sollten nicht das Risiko eingehen und einfach sagen: "Wir lassen es darauf ankommen, den Glaser lassen wir über die Klinge springen. Ob nachher etwas kommt oder nicht, das werden wir dann schon sehen." Es ist nämlich nicht gewährleistet, es steht keiner parat, der sagt, er würde die Sportcity Glaser übernehmen und weiterführen. Wenn das so wäre, wäre das eine andere Ausgangssituation bzw. Ausgangsposition. Das ist nicht der Fall. Aus diesem Grunde glaube ich, wenn wir verantwortungsvoll handeln wollen, werden wir nicht darüber hinwegkommen, dort helfend einzugreifen. Wenn wir davon reden, daß im Resthof die Infrastruktur dementsprechend desolat ist, kann man dem schon bis zu einem gewissen Grad beipflichten. Es gibt eine Reihe von Dingen, bei denen ein Nachholbedarf besteht. Wir benötigen gerade diese Einrichtung, diese Sportstätte, in die nicht wenige gehen, um zum Beispiel zu kegeln. So mancher aus diesem Kreis ist nie dort und kann das vielleicht nicht so beurteilen. Das mag schon sein. Ich kann seitens der sportlich Tätigen schon festhalten, daß sehr viele diesem Sport „Kegeln“ nachgehen und ein reger Betrieb vorhanden ist. Aber wie das eben so ist, ist es wahrscheinlich nicht möglich, die Preise zu verlangen, damit das wirtschaftlich dementsprechend erfolgreich geführt werden kann. Darüber hinaus wird in der Sportcity Glaser auch eine Reihe von anderen Einrichtungen geboten, die sicherlich eine Lücke reißen würden, wenn sie nicht vorhanden wären. Ich glaube, im Interesse des Sportes und im Interesse der Infrastruktur im Resthof sollen wir hier mit diesem Betrag unterstützen und natürlich hoffen, daß diese Zielsetzung, die hier auch vom Stadtrat Schloßgangl eingebracht worden ist, auch in Erfüllung geht. Aber ich glaube, wir können uns über diesen Weg nicht hinwegschwindeln und müssen hier eingreifen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Philipps, die Zweite bitte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nicht gesagt, daß die sozialen Probleme dadurch gelöst werden. Das scheint der Aufmerksamkeit des Kollegen Fürweger entgangen zu sein. Ich habe gesagt, der Sport hilft mit, diese sozialen Probleme auch zu lösen. Das heißt im Klartext, es ist für mich ein bisserl ein Unterschied. Wir sehen eben einmal im Sport die ursprüngliche Idee der Körperbetätigung und -beschäftigung. Wir sehen eben darin die Möglichkeit, die Jugendlichen sinnvoll in ihrer Freizeit zu beschäftigen. Ich weiß nicht, ob sie dieselbe Ansicht haben wie ich. Wir haben sie auf jeden Fall. Die zweite Sache: Ich weiß schon, wovon ich spreche. Sie haben gesagt, Sport kostet natürlich etwas. Na klar kostet er etwas! Aber es ist mir eben gelungen, durch die Sportcity Glaser im Turnunterricht der HTL etwas zu verändern. Ich bin also dort mit meinen Schülern auch anwesend und habe im Turnunterricht auch Squash-unterricht. Das heißt im Klartext, sie werden zu einem äußerst geringen Betrag, den ich - sie werden es verstehen - jetzt hier natürlich nicht nennen werde, die Möglichkeit erhalten, eine Stunde oder darüber zu trainieren. Und das ist meines Erachtens eine sehr vernünftige Lösung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Herr Gemeinderat Tilman Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist wirklich ein diskutierenswerter Fall, dieser Fall Glaser, weil er etwas außer der Norm ist. Es tut mir weh, wenn hier überhaupt ein Vergleich mit dem Verein Vorwärts angestrebt wird, denn Glaser ist bemüht, aus Eigenmitteln sehr viel zu schaffen und schimpft nicht auf die Stadtgemeinde dafür, daß er gefördert wird und zumindest indirekt - wie Kollege Philipps gerade gesagt hat - auch gefördert wurde. Was wir als Repräsentanten dieser Stadt aber vertreten müssen, ist schon auch die wirtschaftliche Seite. Bei allem Bedauern für das wirtschaftliche Schicksal vom Herrn Glaser, der sich sicher bemüht hat, und bei allem Verständnis dafür, daß man selbst als Letzter einbekennen will, daß man Schiffbruch erlitten hat, das muß man einmal. Dieses Nicht-Einbekennen-Wollen, daß man Schiffbruch erlitten hat, ist Ursache für x-fache Strafverfahren, die deswegen eingeleitet wurden, weil man zu spät eine Insolvenz angemeldet hat. Bei allem Verständnis dafür muß ich sagen, wir können diesem Antrag nicht zustimmen. Noch einmal: Ich verwahre mich - jetzt für mich als Person - gegen jeden Vergleich mit der Vorwärts.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Vizebürgermeister Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich glaube, wir sprechen hier von zwei Paar verschiedenen Schuhen. Es wird hier immer von Sportförderung ge-sprochen, das ist eine Wirtschafts-förderung, eine Gewerbeförderung! Das muß man schon ganz genau auseinanderhalten. So wichtig eine Sportstätte - und da gebe ich ihnen vollkommen recht, Herr Philipps - in diesem Bereich ist, besonders auch zur Verhinderung von Problemen bei den Jugendlichen; aber man zitiert

eine Untersuchung, die ein Steyrer Steuerberater gemacht hat, und wenn man diese Untersuchung genau liest, sieht man, daß nur bei besten Imponderabilien, wenn die alle eingehalten werden, wenn alles positiv eintrifft, dann könnte ein Überleben gesichert sein! Das ist der Sucus aus der ganzen Untersuchung. Das kommt ja aus dem Amtsbericht heraus. Wenn ich ihnen wörtlich eine Stellungnahme aus dem Amtsbericht zitieren darf, unterschrieben von Herrn Mag. Helmut Lemmerer, der hier bestimmt wohlbekannt ist, selbst er schreibt hier: „Nach Aussage der Bank Austria könnte sich die angespannte Situation für die Sportcity Glaser bis zum Jahre 2000 erledigen.“ Er hat nicht dazugeschrieben wie. Wir wollen trotzdem alle hoffen, daß es positiv ausgeht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ganz kurz, wieso ich zustimme. Was sind die Alternativen? Eine Alternative ist, der Betrieb hört auf, die Stadt erwirbt. Das wird noch teurer. Die andere Alternative ist, der Betrieb hört auf, es kommt ein neuer Eigentümer, wie vom Kollegen Schloßgangl bereits angesprochen. Unter Berücksichtigung der Überprüfung des Steuerberaters ...

ZWISCHENRUF STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte noch etwas berichtigen. Vorher habe ich gesagt 2005, gemeint habe ich 2000.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Im Jahr 2000 wird die Prüfung des Steuerberaters sein! Das Schlußwort, bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren! Die verschiedenen Aspekte sind ja schon angesprochen worden. Meiner Meinung nach müssen wir die Dinge ganz nüchtern betrachten. Es handelt sich in Steyr um das erste private Engagement im Bereich der Errichtung von Freizeiteinrichtungen bzw. Sporteinrichtungen.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben die vielen gut und positiv agierenden Fitneßstudios. Sporteinrichtungen, Freizeiteinrichtungen, denen es allen bestens geht. Die sind platzend voll.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Fitneßeinrichtung hat der Glaser dabei. Aber es ist natürlich auch die Rede davon, daß wir in einem mit Infrastruktureinrichtungen nicht gesegneten Stadtteil einiges haben. Wir haben dort Gastronomie, die auch spärlich vorhanden ist, wir haben Kegeln - eine ganz moderne Sportstätte. Wir haben dort Squash - eine Einrichtung, die intensiv nachgefragt wurde -, wir haben die Sauna, den Fitneßbereich und noch einiges dazu, auch Billard. Eine Freizeiteinrichtung dieser Größenordnung, die immerhin in Richtung 25 Millionen Schilling gekostet hat, war in diesem Viertel in höchstem Maße wünschenswert und ist von der Stadt ausdrücklich - von unseren Vorgängern damals - begrüßt worden, und zwar einstimmig. Soweit bin ich informiert. Dieser Private hat natürlich eine zu schmale Kapitaldecke gehabt - es hat sich auch mit den Zinsen einiges abgespielt -, und es ist zum Problemfall geworden. Ich sehe also eindeutig - wie sie auch - das, was wir heute beschließen, als eine Wirtschaftsförderung. Natürlich müssen wir mit dem Steuerschilling sorgsam umgehen. Das ist schon richtig, was Kollege Payrleithner - glaube ich - gesagt hat. Das trifft natürlich in jede Richtung zu. Wir haben Wirtschaftsförderungen beschlossen und erleben müssen, daß kurze Zeit später Betriebe erst recht nicht zurande gekommen und in Konkurs gegangen sind. Wir haben natürlich auch gerade vor kurzem eine enorm hohe Wirtschaftsförderung für einen Industriekonzern, einen Paradekonzern in unserer Stadt beschlossen. Es waren über 30 Millionen Schilling. Das war auch wichtig, weil wir damit die Arbeitsplätze haben. Aber die wirtschaftliche Notwendigkeit für das Unternehmen konnte ich nicht erblicken. Wir sind auch hier in einem Sachzwang gefangen gewesen und haben diese über 30 Millionen Schilling beschlossen. Das war so. Wir haben alle aufgezeigt. Dort oben, in dem Viertel, in dem wir an sich die berechtigten Wünsche der Bevölkerung erfüllen sollen, wo ein Nachrüstprogramm notwendig ist, wo wir noch Schulen und viele andere Einrichtungen brauchen, dort glaube ich, sind wir gut beraten zu sorgen, daß das, was da ist, zumindest erhalten bleibt. So sehe ich das. Das Alternativszenario ist angesprochen worden und das zu Recht. Was würde denn sein, wenn wir das Unternehmen sterben lassen nach dem Motto „ein Ende mit Schrecken“. Erstens einmal ist die letzte Freizeiteinrichtung und Kommunikationsmöglichkeit dort oben auch noch weg. Was würde dann sein? Der Druck der Öffentlichkeit, daß diese Einrichtung wieder belebt wird. Irgendein neuer Betreiber, Käufer oder Pächter würde gesucht werden müssen; wahrscheinlich in erster Linie von der Bank, das ist schon richtig. Ich sehe ihn schon hereinkommen und um eine Wirtschaftsförderung für Übernahme und Betriebsaufnahme bzw. Betriebsgründung ersuchen. Wir hätten uns also dann wieder mit Wirtschaftsförderung zu beschäftigen, das ist unausbleich. Und eines ist im Konkursfall bitte noch zu bedenken: Es wird doch niemand glauben, daß wir die knapp über 520.000 Schilling, die wir noch als Forderung für die Grundpreisrate haben, im Konkursfall sehen würden. So sind doch in Wirklichkeit diese Dinge. Daher glaube ich, daß die Förderung nach langer und reiflicher Überlegung - und vor allem, wenn auch Steuerberatungsbüros, die wir mit der Prüfung beauftragt haben sowie die Gläubigerbank meinen, daß hier zusammengeknüpft werden kann, daß das mehr ist als nur Hoffnung - und unter Betrachtung dieser Gesamtaspekte zielführend ist. Ein Wort möchte ich noch dazu sagen: Die Kosten dieser Sport- und Kommunikationsstätte waren bei 25 Millionen Schilling. Wenn man sich die Gebührenordnung für Architekten ansieht, also die Honorarordnung, müßten wir schon für den Planungsansatz - wenn wir das als Stadt errichten würden, was ja irgendwie auch unsere Aufgabe wäre, wenn es keine privaten Errichter oder Betreiber gäbe - mit einem Betrag von rund 2 Millionen Schilling rechnen, also mehr, als wir heute hier zu beschließen haben, meine Damen und Herren. Und wenn ich mir die Folgekosten überlege, wie hoch die sein würden, dann würden sie zweifelsohne jährlich - alle Jahre wiederkehrend - höher sein, als der Betrag, den wir hier als Wirtschaftsförderung beschließen. Ich bitte, das auch zu bedenken, wenn wir hier darüber abstimmen. Ich bitte um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt gegen den Antrag? Zwei Gegenstimmen (F). Wer übt Stimmenthaltung? 7 Stimmenthaltungen (F). Wer stimmt für diesen Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt betrifft die Statutenänderung für den Gestaltungsbeirat bzw. eine Ergänzung der Geschäftsordnung. Wir haben dieses Problem ausreichend beraten, sehen eine Anpassung für notwendig und zweckmäßig an. Der Antrag lautet:

4. Präs-227/89 Statuten über den Wirkungsbereich des Gestaltungsbeirates; Ergänzung der Geschäftsordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 12. März 1996 werden die in der Anlage beigeschlossenen „Statuten über den Wirkungsbereich des Gestaltungsbeirates“ für den beim Magistrat der Stadt Steyr eingerichteten Gestaltungs-beirat beschlossen.

Die Kundmachung dieser Statuten hat durch Anschlag an die Amtstafel der Stadt Steyr über eine Dauer von 2 Wochen zu erfolgen. Die Statuten treten mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung in Kraft. Mit gleichem Datum tritt die mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr am 15. September 1994 erlassene Geschäftsordnung für den beim Magistrat der Stadt Steyr eingerichteten Gestaltungs-beirat außer Kraft.

Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenstimmen, Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Danke. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Für die Erweiterung der Software im Bereich Brückenbau und Kanalbauangelegenheiten sollen zusätzliche Teile angekauft werden. Der Antrag lautet:

5. GHJ1-1/96 Softwareerweiterung für Brückenbau und Kanalbauangelegenheiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stabsstelle Organisation/EDV vom 15. März 1996 wird folgender Auftrag vergeben:

Dr. Walther Netzer, Universität Innsbruck:

Programm zur Berechnung erdverlegter Rohrleitungen nach ÖNORM B 5012

S 21.000,--

Fa. Tauernplan Consulting GmbH:

Erweiterungslizenz zu Larix-2G

S 19.000,--

Herr DI. Walter Brunner:

Grundmodul für die Kanalsoftware und Zusatzmodul für Massenberechnungen

S 50.000,--

Zur Bedeckung der für die Software erforderlichen Mittel in Höhe von S 90.000,-- wird eine Kreditübertragung in der Höhe von S 90.000,-- von VASSt. 5/0160/728800.5 auf 5/8110/728800.2 bewilligt. Die Bedeckung dieser VASSt. hat durch die VASSt. 5/0160/728800.5 zu erfolgen.

Ich bitte auch hier um Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer stimmt für den Antrag? Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt betrifft den Antrag der FPÖ-Fraktion. Der Antrag lautet:

6. Präs-137/96 Antrag der F-Gemeinderatsfraktion betreffend Ausgliederung und Privatisierung der Städtischen Bücherei.

Die unterzeichneten Mandatare des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen gem. § 12 (1) des StS in Verbindung mit § 6 der GO folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge folgenden Grundsatzbeschluß beschließen:

Die Städtische Bücherei soll ehestmöglich aus dem Bereich des Magistrates ausgegliedert und privatisiert werden.

Als Termin ist der 31. 12. 1996 vorzusehen.

Begründung:

Die Städtische Zentralbücherei in der Bahnhofstraße 6 ist seit ihrer Gründung vor ca. 35 Jahren in nahezu unverändertem Zustand. Insbesondere die bauliche Gegebenheit des Gesamtgebäudes würde

in nächster Zeit einen hohen Renovierungsaufwand erforderlich machen.

So würde alleine die Änderung der E-Installationen am Objekt (Instandsetzungsarbeiten und Vorbereitungen für EDV-Anschluß) Aufwendungen in der Höhe von S 600.000,-- erforderlich machen.

Für den Personalaufwand sind jährliche Kosten in der Höhe von 4 - 5,5 Millionen Schilling (10 Mitarbeiter) erforderlich.

Außerdem sind große Ausfälle wegen Krankenstand an der Tagesordnung (im Jahre 1994 295 Arbeitstage). Für Krankenstände, Gewerkschafts- und Personalvertretungssitzungen, Weiterbildungskurse, Amtsleitertage usw. wurden 53,5 Tage aufgewendet.

Zählt man den Urlaub dazu, bedeutet dies, daß im Jahre 1994 Mitarbeiter an 612,5 Arbeitstagen gefehlt haben, das heißt, daß im Jahresdurchschnitt ständig 2,5 Mitarbeiter abwesend waren.

Derzeit sind 6 vollbeschäftigte und 2 teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter sowie 2 teilzeitbeschäftigte Hilfskräfte im Personalstand der Bücherei.

Die Anzahl der Krankenstandstage ist im Jahre 1995 zwar etwas zurückgegangen, da im Laufe des Jahres 1995 bzw. am 31. 1. 1996 3 Mitarbeiter ausgeschieden wurden, die besonders häufig im Krankenstand waren.

Summe der Einnahmen 1995:

S 538.161,84

Summe der Ausgaben 1995:

S 4.169.110,76

Bei diesen Ausgaben sind Miet- und Betriebskosten des Büchereiobjektes in der Bahnhofstraße nicht enthalten.

Entlehnungen 1995: 117.270

Entlehnungen 1994: 130.251

Die geringe Entlehnzahl im Jahr 1995 ergibt sich aufgrund der reduzierten Öffnungszeiten in den Ferien sowie der begrenzten Ausgabe von Medien während des Personalengpasses.

Auf der anderen Seite sind für den Bücherankauf jährlich im Budget lediglich max. S 300.000,-- vorgesehen.

Das ist der Antrag, meine Damen und Herren. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich persönlich nicht der Meinung bin, die Bücherei zu verkaufen und zu privatisieren, weil ich glaube, daß das einem Weglegen des Kulturauftrages der Stadt in einem wichtigen Bereich gleichkäme. Ich bin auch nicht der Auffassung, daß es einen geeigneten Anbieter gäbe, der zu für die Stadt vernünftigen Bedingungen dieses gesamte Objekt übernehmen würde. Ich glaube, es ist schwer vorstellbar, daß das auch auf mittlere und lange Sicht - darauf kommt es nämlich bei so einer Einrichtung an - im Sinne der Stadt ist und wie diese Aufgabenstellung von privater Seite erfüllt werden könnte. Ich glaube daher, daß dieser Antrag abzulehnen ist, jedenfalls meine ich, daß wir von unserer Fraktion das tun werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Diesen Antrag haben wir nach reiflicher Überlegung aus zwei Gründen gestellt. Erstens einmal wollen wir auf die Situation in der städtischen Bücherei mit den längst notwendigen Reformnotwendigkeiten hinweisen und zum zweiten auf die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen in Bezug auf Versprechen, auf das, was im Bereich Liegenschaft passiert ist, was wir im Bereich von Verkäufen von Liegenschaften und Objekten erleben mußten. Zuerst zum ersten, zur Bücherei selber: Herr Bürgermeister Leithenmayr hat unsere Begründung vorgelesen, dagegen ist ja - glaube ich - nichts einzuwenden, oder niemand kann etwas dagegen sagen. Wir haben die Bibliothek seit 35 Jahren in nahezu unverändertem Zustand. Jedes Jahr bei den Budget-verhandlungen habe ich auf die katastrophale Ausstattungssituation in der Bücherei aufmerksam gemacht, sowohl inhaltlich als auch personell. Es ist immer gesagt worden: „Ja, nächstes Jahr, nächstes Jahr, nächstes Jahr ...“. Dann kommt noch die wirklich mißliche Personalsituation dazu, wobei - und ich habe es hier auch vor 2 Jahren einmal im Gemeinderat zitiert - einfach Herrschaften in die Bücherei versetzt werden - teilweise während ihres Krankenstandes -, ohne daß der Geschäftsbereichsleiter oder der Referent dazu irgendetwas weiß. Wir haben eh eine Absteige für ein Personal, das soll eben die Bücherei sein. Wenn man so mit einem Kulturauftrag, von dem sie gesprochen haben, Herr Bürgermeister Leithenmayr, umgeht, dann ist es sicherlich gescheitert, man trennt sich von dieser Bibliothek, gibt es jemandem Privaten, der es wirklich machen will, davon bin ich überzeugt. Es gibt Persönlichkeiten in dieser Stadt - nicht nur eine oder einen, es gibt mehrere Persönlichkeiten in dieser Stadt -, die sich gern engagieren würden, diesen Betrieb um die Hälfte dieses Preises führen zu können. Wenn wir alleine Personalkosten rund um die 5 Millionen Schilling pro Jahr haben, dann bin ich überzeugt, daß man das um die Hälfte machen kann. Wenn wir Betriebskosten nicht eingerechnet haben, wenn wir Mietkosten nicht eingerechnet haben, dann kommt das dann noch dazu. Zum zweiten: Wir haben - wie alle Jahre wieder - bei den Budgetverhandlungen - schon bei der ersten Budgetklausurtagung habe ich - auch das Thema Liegenschaft Objekt Nagl zur Sprache gebracht, weil ich meine, daß die Bücherei mit dem Objekt Nagl untrennbar verbunden ist. Es gibt keinen höheren Sinn, hier eine Parifizierung durchführen zu lassen. Bereits am 7. 10. 1995, das heißt bei der ersten Klausurtagung, haben wir gemeinsam ausgemacht, daß der Herr Bürgermeister einen Gesprächstermin mit Investoren bis zum 10. 11. 1995 durchführen soll und er sollte dann berichten. In der nächsten Zusammenkunft am 4. 11. 1995 habe ich diesen Bericht eingemahnt. Es wurde versprochen, daß bis zum 30. 11. nun vom Herrn Tatzreiter eine Gesamtliste für alle Immobilien vorgelegt werden soll. Wir haben sie damals aufgeteilt in renovierungsbedürftige, das heißt solche Objekte, wo wir Renovierungsbedarf haben, wo eben das Hotel Nagl, das ganze Objekt an vorderster Stelle steht, und wir haben auch ausgemacht, daß eine vorläufige Kostenschätzung vom Hause dazugelegt werden sollte, und zwar mit einer Grobschätzung, wie wir es damals am 4. 11. 1995 bereits gemacht haben. Wir kamen wieder zusammen am 16. 12. 1995. Ich habe das wieder eingefordert. Auch hier wiederum hat man belämmert geschaut, und ich habe gesagt: „Jetzt sitzen wir zum drittenmal zum selben Thema zusammen!“ Daraufhin haben wir uns wieder geeinigt auf einen neuen Terminplan, alle Immobilien, die wir überlegen können, alle Liegenschaften sollen aufgelistet werden. Wir haben uns wieder drei Termine gesetzt: Erster Termin 3. 1. 1996 ohne eine Bewertung, zweiter Termin 31. 1. 1996 mit einer Bewertung und für die Miethäuser den 31. 3. 1996. Alle diese Termine sind vergangen. Und dann kommt der zuständige Herr Stadtrat Tatzreiter in der letzten Stadtsenatssitzung und sagt, er legt die Liste vor. Aber da habe ich von der Bücherei oder vom Objekt Nagl nichts gefunden, oder von dem vieldiskutierten Objekt in der Promenade 9, oder von anderen Objekten, wo wir uns durchaus

vorstellen können, daß wir einen Käufer suchen, wie zum Beispiel das Messererhaus oder andere Objekte. Aber es gibt keinen Sinn, Herr Stadtrat, daß man Objekte verkauft, Liegenschaften, auf denen eine Garage steht. Es gibt keinen Sinn, daß wir Häuser verkaufen, in denen Sozialhilfeempfänger wohnen. Es gibt keinen Sinn, wenn man Objekte wie Kinderspielplätze verkaufen bzw. der GWG hinüberschieben will und daß man dann über Kreditüberschreitung 300.000 Schilling auslegen will

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Bitte zur Sache, wir sind bei der Bücherei!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bin schon dabei! um 300.000 Schilling für eine neuerliche Schätzung. Herr Tatzreiter, ich muß wirklich sagen, wo bleibt hier das Objekt Nagl, das wir gemeinsam ausgemacht haben? Ich glaube, das heißt ich bin überzeugt davon und ich hoffe, daß sie nur überfordert sind. Anders kann ich mir das nicht vorstellen. Wenn ich einen Termin nicht einhalte, dann sage ich es demjenigen, mit dem ich den Termin ausgemacht habe, und das ist jetzt dreimal passiert. Ich denke und ich bin überzeugt davon, daß wir für unsere Bücherei im Objekt Nagl - und da bin ich überzeugt davon und bin auch ihrer Meinung - einen Kulturauftrag haben. Nur: Wenn wir das behalten, dann müssen wir dem Kulturauftrag nachkommen. Ich sehe hier keinen Hinweis dafür, daß irgendjemand in diesem Raume diesem Kulturauftrag bei den Budgetverhandlungen nachgekommen ist. Ich sehe das nicht. Ich habe vor vier Jahren schon gesagt - im ersten Jahr -, notwendigste Installation ist zuerst einmal die Elektroinstallation und eine EDV-Vorbereitung. Dann hat es geheißen, das sei vollkommen falsch, die Leute wollen keine EDV. Das war eine Unterstellung, das stimmt gar nicht! Und wenn nun von der Grünen Seite, vom Herrn Apfelthaler dann gesagt wird, der Referent sei zuständig, dann muß ich sie, Herr Apfelthaler, wirklich fragen: Warum haben sie dem Budget zugestimmt, wenn für die Renovierung des Objektes 0 Schilling vorgesehen ist? Da sollten sie mir beweisen, wie der Referent etwas machen kann! Dann wird gesagt: Der Pfeil kann es schon machen, der ist eh Referent! Aber einfach alles ablehnen und der Referent wird dann finanziell ausgehungert und soll dann beweisen, daß er etwas kann ...! Wenn wir mit der Bücherei nicht weitertun, dann werden wir bald auch hier ein Museum machen können. 35 Jahre haben wir durch, ein paar Jahre weiter Wir sind - glaube ich - eine der letzten Büchereien, wo noch mit kleinen Kärtchen Bücher ausgegeben werden und wo Strichlisten gemacht werden. Das ist ungefähr das Niveau einer kleineren Pfarrbücherei, aber mehr haben wir derzeit sicherlich nicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Pfarrbücherei ist auch nichts Schlechtes!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber die wird ehrenamtlich geführt, das ist das Problem!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet ist der Herr Gemeinderat Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe dem Dr. Pfeil vollkommen recht in seiner Analyse der Mißstände in der Bücherei. Erstens: Das Gebäude ist seit 35 Jahren ohne größere Änderungen. Puncto EDV gebe ich ihm auch recht, die brauchen wir dringend, weil - wie er schon gesagt hat - es eine der letzten größeren Büchereien ohne diese Ausstattung ist. Personalkosten sind ebenfalls erwähnt worden. Nur die Schlußfolgerungen, die der Herr Dr. Pfeil macht, daß man sie gleich privatisieren muß, da gebe ich ihm nicht recht, denn ich glaube, daß es noch immer für die Stadt möglich ist, gravierende Änderungen im Strukturbereich der Bücherei zu machen. Ich glaube, es ist wirklich dringend notwendig, daß in diesen vielen Mängelbereichen Änderungen möglich sind und sie auch in nächster Zeit gemacht werden können, wenn der politische Wille da ist. Nur glaube ich, daß das ohne ein detailliertes Privatisierungskonzept überhaupt nicht so einfach geht, daß man einfach mit Beschluß - auch wenn es ein Grundsatzbeschluß ist - die Bücherei verkauft. Es hat bereits am 16. Juni 1994 eine Kulturaus-schußsitzung stattgefunden, wo ein Konzept vom Dr. Savio vorgestellt worden ist für eine Stadtbibliothek, das heißt, das ist nicht eine herkömmliche Bücherei sondern eine Bibliothek. Nur vermisse ich hier vom Kultur-referenten, daß auf diesem Gebiet detailliertere Vorschläge gemacht werden. Aber ich hoffe, daß hier noch Interesse besteht. Die GAL wird jetzt einen Geschäfts-ordnungsantrag einbringen, um hier weitere Schritte im Büchereibereich zu setzen. Es geht uns darum, daß wirklich etwas passiert. Mir ist die Bücherei wirklich ein Anliegen. Ich möchte hier wirklich, daß etwas passiert. Mein Kollege und ich werden jetzt einen Antrag einbringen, der folgendermaßen lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat bekennt sich zur städtischen Bücherei als kulturelle und soziale Dienstleistung der Stadt Steyr.

Die Leitung des Geschäftsbereiches VI - das ist die Kulturabteilung - wird beauftragt, bis Ende Juni eine Stärken- und Schwächenanalyse mit einem daraus resultierenden Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der internen Struktur dem Gemeinderat vorzulegen. Ebenfalls bis Ende Juni erstellt der Geschäftsbereich VI einen Investitionsplan sowie ein Nutzungskonzept für die geplante EDV-Anlage der städtischen Bücherei.

Wenn diese Konzepte vorliegen, ist das gut. Ich habe sie noch nicht gesehen und möchte sie mit diesem Abänderungsantrag vorgelegt haben. Es geht uns wirklich darum, daß auf diesem Gebiet etwas passiert und daß hier nicht mehr länger die Situation hinausgezögert wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren der

Presse! Dieser Hinweis, der mit diesem Antrag erreicht werden soll, ist gelungen. Aber ich glaube, er war nicht notwendig, weil jeder von uns weiß, daß die Bücherei renovierungsbedürftig ist. Wenn ich jetzt den Antrag in der Hand habe, so kann ich jetzt natürlich empört sein über diese Vorgangsweise, daß hier einfach ein Antrag hereinflattert, ich kann ein Pfeil-Syndrom entwickeln und mich übergangen fühlen. Was ich aber besonders verurteile ist, daß der gesamte Kulturausschuß übergangen wurde. Diese Vorgangsweise wird doch sehr oft von seiten der F kritisiert. Abgesehen davon, wenn ich jetzt diesen Antrag durchschaue, sind einige Fehler drinnen, die ich natürlich auch erwähnen möchte. Die derzeitige Situation ist so, daß nicht 4 - 5,5 Millionen Schilling notwendig waren, sondern bis dato sind es 3 Millionen Schilling. Die Summe der Ausgaben, die haben auch eine ein bisserl gefärbte Ausdrucksweise, und zwar deswegen, weil da drinnen steht, daß die Mietkosten und Betriebskosten nicht enthalten sind. Jetzt müssen sie mir einen zeigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, der ein Haus besitzt und für sich selbst Miete zahlt. Die Betriebskosten sind allerdings enthalten, daher ist auch diese Äußerung nicht richtig. Für 1996 wird es eine Senkung dieser Kosten unter 3 Millionen geben, das heißt also, es wird sich hier auch deswegen eine Verringerung ergeben, weil der natürliche Personalabgang dieses wahrscheinlich sogar - und jetzt möchte ich das unter Anführungsstrichen sagen - auf 2,5 Millionen heruntersinkt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wäre natürlich jetzt bis zu einem gewissen Grad ein bißchen publizistisch gewesen, würde ich nicht den Ernst der Lage erkennen. Ich glaube, daß es der Kulturauftrag der Stadt Steyr ist - und ich betone Kulturauftrag, ich glaube nämlich, daß die Stadt Steyr einen Kulturauftrag hat -, diese Bücherei auch weiterhin zu führen. Es steht natürlich außer Frage, daß es hier notwendig sein wird, demnächst - und da möchte ich gleich verbal die GAL unterstützen mit ihren eingebrachten Gedanken - Renovierungen durchzuführen. Ich glaube, es ist nämlich dieser so besagte Kulturauftrag, eine Bücherei zu führen und es somit dem sozial Schwächeren zu ermöglichen, sich zu bilden. Bildung ist nämlich bekanntlich notwendig, damit man am öffentlichen Leben teilnehmen kann. Ich glaube, daß diese Teilnahme am öffentlichen Leben wohl eine der Grundvoraussetzungen der Demokratie ist. Oder ist das in etwa auch ein Grund für diesen Antrag? Dr. Savio wurde auf Vorschlag vom Kulturreferenten am 16. 6. 1994 im Kulturausschuß eingeladen. Er hat sich sicherlich mit der Materie sehr genau auseinandergesetzt und wohl den Aspekt einer Bibliothek erwähnt, aber er hat sich sehr deutlich - und das ist bitte in aller Ruhe im Protokoll nachzulesen - gegen eine Privatisierung ausgesprochen. Vielleicht ist das auch ein Grund, warum der Kulturausschuß nicht damit befaßt wird. Dort könnte man nämlich Vorschläge einbringen, die man in Ruhe durchdiskutieren kann. Und noch etwas möchte ich sagen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, daß es wohl in einer Stadt wie Steyr - und es gibt keine vergleichbare Stadt ohne Bücherei, da brauchen wir gar nicht darüber zu streiten - auch die Möglichkeit gibt - und ich stehe dazu -, für behinderte Menschen genauso wie in der Abteilung unserer städtischen Gärtnerei Arbeit zu schaffen. Natürlich in der richtigen Form, darüber brauchen wir nicht zu streiten. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, Steyr ist wirklich anders geworden. Früher wurde bei Problemen versucht, zusammenzurücken. Es wurde versucht, eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten und diese Lösung auch dementsprechend in die Wirklichkeit umzusetzen. So stehen wir heute vor einem Kulturreferenten, der meines Erachtens nicht allzu viel Einsatz leistet für eine solche Lösung, sondern einen Versuch zuläßt, solche unbequemen Aufgaben aus seinem Verantwortungsbereich hinauszuschwindeln. Damit möchte ich deutlich sagen, daß so ein Antrag von meiner Seite her abzulehnen ist. Gleichzeitig möchte ich mich positiv aussprechen für den GAL-Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächste Wortmeldung, Herr Stadtrat Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertee Präsidiu! Ich bin eigentlich nur in zwei Fragen bzw. in zwei Punkten angesprochen worden, die die Bücherei bzw. die Promenade betreffen. Alles andere hat mit der Bücherei nichts zu tun. Zur Sache Bücherei bzw. Hotel Nagl: Es ist ein Gespräch zwischen dem Bewerber für das Hotel Nagl und wir wissen ja, es ist ja darüber gesprochen worden. Es wäre jetzt falsch, so zu tun, als hätten wir niemals darüber gesprochen. Es war nämlich schon im Gespräch im vorjährigen Herbst, daß wir aus dem Erlös Hotel Nagl die Bücherei sanieren. Sagen sie nicht nein, Herr Dr. Pfeil, da waren sie auch mit dabei. Diese Diskussionen sind gelaufen. Ich sage das nur einmal, damit wir die Kirche im Dorf lassen.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGER-MEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber auch hier kann man das Geld nicht hin- und herschieben

Das muß budgetiert sein. Ich kann doch nicht das Geld einfach dorthinnehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Herr Stadtrat Tatzreiter ist am Wort, bitte!

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Das weiß ich schon! Ich kann es nicht schon vorher budgetieren! Das ist die Wahrheit, darüber haben wir geredet! So, weiters zum Gespräch um den Verkauf bzw. konkret und direkt um das Hotel Nagl: Es hat ein Gespräch gegeben - oder zumindest wurde es angesetzt - zwischen dem Bewerber, der sich um das Hotel Nagl bemüht bzw. bewirbt und dem Herrn Bürgermeister. Ich bin nicht der Mächtigste, der da mit einschreiten möchte, oder zumindest in dem Gespräch mitmischen möchte. Es ist eine Sache, wenn dessen Wunsch an den Bürgermeister gerichtet ist, dann lasse ich das so. Das zum ersten. Zum Haus Promenade 9, weil sie es angesprochen haben, gibt es auch einen Bewerber. Wir haben gesagt, wir lassen das außerhalb der Reihe, weil es eine Verwaltungsanlage ist, die wir in dem Zusammenhang nicht in dieser gesamten Liste wollen. Zum Schluß können wir es beim gesamten Wert auflisten, aber wir wollen es nicht in dieser Abhandlung durchziehen. Das möchte ich nur gesagt haben zu diesen beiden Fragen. Im anderen Fall vielleicht noch mit angemerkt: Die Liste ist bei der nächsten Stadtsenatssitzung mit dabei und wird dort behandelt. Es geht nicht so einfach, wissen sie, Herr Dr. Pfeil. Es ist relativ leicht, aber ich mische mich auch nicht in ihre Anliegen. Es geht mir darum, es gibt viele Probleme, aber ich kann nicht bei Liegenschaften, wenn dort Bewohner drinnen sind, einfach so locker drüber hinwegfahren. Das heißt, da gibt es viele Fragen, die vorher zu klären.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr Stadtrat Tatzreiter. Der nächste ist Herr Gemeinderat Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte von einer anderen Kurve kommen und zur Bücherei Stellung nehmen. Ich glaube, lesen wird wieder wichtiger. Wir, die wir mit der Jugend beschäftigt sind, bemühen uns österreichweit, die Lesemotivation wieder höher zu bringen, die Kinder und die Jugend wieder mehr zum Lesen zu bringen. Die Büchereien - glaube ich - werden auch wiederum weitaus wichtiger als jetzt, denn erstens sind wir überzeugt, daß unsere Lesemotivation Früchte bringt, zweitens wird die Freizeit immer größer, und drittens glaube ich, die finanzielle Situation der Familien verlangt mehr denn je Büchereien, weil es sicherlich nicht mehr so einfach sein wird, sich auch immer wieder neue Bücher zu kaufen. Das einmal grundsätzlich zur Bücherei. Nun, wenn ich unsere Stadtbücherei ansehe, dann muß ich vorerst einmal dem Situationsbericht, den Dr. Pfeil gegeben hat, völlig zustimmen. Wir haben arge Mängel in unserer städtischen Bücherei festzustellen. Inhaltlich müßten wir sehr viel aufbauen, technisch muß etwas geschehen, und personell wurden grobe Fehler gemacht. Würde ich ein bißchen zynisch denken, dann könnte ich sagen, man hat die soziale Aufgabe der städtischen Bücherei übersehen. Ich glaube, es kann nicht soziale Aufgabe der städtischen Bücherei sein, Damen und Herren, die wir im innerbetrieblichen Getriebe des Magistrates nicht mehr brauchen können, als Angestellte in die städtische Bücherei zu stellen. Aus dem haben sich ja dann diese ganz argen Krankenstände ergeben. Ich glaube, in einer städtischen Bücherei müssen Damen und Herren angestellt sein, die gesund sind, die mit Menschen umgehen können, dann brauchen wir auch nicht so viel Personal. Das muß man - glaube ich - ganz ernst sagen. Ein nächster Punkt: Herr Dr. Pfeil, sie haben - ich glaube zwanzigmal - gesagt: „**Ich** habe mich eingesetzt für die Bücherei, ich und ich und ich ...!“ Ich glaube, sie haben dabei übersehen, daß jetzt vier Jahre im Kulturausschuß immer **wir** uns bemüht haben. Immer wir! Es war immer ein „wir“. Alle Fraktionen haben geklagt, haben die Situationen aufgezeigt, haben sich - bitte schön - auch ehrlich bemüht, Lösungen zu suchen. Wir haben noch keine richtige gefunden. Das ist vielleicht das einzige, was ich ihrem Antrag abgewinnen kann, daß wir ernstlich zu einem Gespräch gekommen sind. Traurig macht mich, daß die städtische Bücherei zum Aufhänger degradiert wird, über all die anderen Dinge zu reden. Das macht mich traurig, weil wir damit die wesentliche Aufgabe der städtischen Bücherei, die wir eigentlich hätten, doch ein bißchen hintan stellen und das Wesentliche dann nicht mehr sehen, weil wir die ganz anderen, großen Probleme immer wieder vor Augen gestellt bekommen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Das können wir schon auseinanderhalten, so gescheit sind wir!

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Schon?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ja!

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Man lernt immer noch dazu!

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Darum habe ich es gesagt! Alle Redner mitsammen haben wohl gesagt, daß der Kulturauftrag der Kommune gegeben ist und wir haben auch schon gehört - und ich habe vorhin auch schon darauf hingewiesen - auch der soziale Auftrag. Da habe ich ein bißchen Bedenken bei der Privatisierung. Obwohl wir sonst ja die Vertreter der Privatisierung sind, habe ich bei der Bücherei ein bißchen Angst. Denn gerade dort, wo es um Bildung geht, dort, wo wir Bildung für alle Bildungswilligen ermöglichen sollen, da müssen wir den sozialen Gedanken sehr hoch antragen und können mit großer Geschäftemacherei nichts tun. Da müssen wir sozial sein. Und ich meine, daß wir - sollten wir privatisieren - die Ausgaben, die 3,5 Millionen, die wir so im Jahr haben, ohnehin als Subvention geben müßten. Also würden wir uns kaum etwas ersparen. Ich kann auch am Antrag der Grünen sehr viel Positives finden. Ich kann mir aber eine Bemerkung nicht ersparen: Vielleicht verstehen sie uns jetzt, warum wir dem Budget nicht zugestimmt haben. Weil wir meinten, daß es viele Dinge gibt in der Stadt, die wir ein bißchen stiefmütterlich - jetzt einmal nur ganz zart gesagt - behandeln. Ich möchte aber nicht denselben Fehler machen, den ich zuerst angedeutet habe. Daher also noch einmal: Bitte sehen wir die soziale, die bildungspolitische Aufgabe einer Bücherei und bekennen wir uns zu einer städtischen Bücherei, die den Menschen Freude am Lesen bringt, die den Menschen Bildung bringt, die für die Stadt Steyr ein ganz wesentliche Aufgabe sein und erfüllt werden sollte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Eichhübl, bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Unser Fraktionsobmann, Vizebürgermeister Dr. Pfeil, hat ja sehr ausführlich die Gründe dargelegt, die zu diesem Antrag geführt haben, nämlich die Bücherei der Stadt Steyr zu privatisieren. Daher brauche ich mich in diesem Zusammenhang nicht näher und lang und breit auslassen. Ich möchte aber schon eines hier sehr deutlich vermerken: Ich bin erstaunt darüber, daß man heute diesen Antrag zum Anlaß nimmt und plötzlich draufkommt, daß man einen kulturellen Auftrag hat, von seiten der Stadt diese Bücherei weiterzuführen. Obwohl man - und ich bin Zeuge von jahrelangen Verhandlungen - in budgetärer Hinsicht die Vorschläge von Dr. Pfeil abgelehnt hat. Das finde ich wirklich sehr erstaunlich. Und auch der Situationsbericht, der heute hier von ihm dargelegt wurde - und das ist ja bestätigt worden von Vorrednern -, ist ebenfalls nichts Neues. Und heute - wie gesagt - kommt man drauf, daß man einen kulturellen Auftrag hat, diese Bücherei von seiten der Stadt weiterzuführen, da wiederhole ich mich. Da hört man dann die Zwischenrufe, obwohl jahrelange Vorschläge des Kulturreferenten abgelehnt worden sind: Ja, Schuld Bei den Budgetverhandlungen, Herr Kollege Apfelthaler, sie werden das sicherlich auch noch in Erinnerung haben, daß Dr. Pfeil kaum eine Gelegenheit ausgelassen hat, um auf die problematische Situation in der Bücherei hinzuweisen und auch gebeten hat um entsprechende Unterstützung von seiten der Mandatäre der anderen Fraktionen. Dann höre ich diese Zwischenrufe: „Ja bitte, schuld hat selbst-verständlich der Referent.“ Da sehe ich wieder Parallelen, Parallelen - sie haben es vorher genannt - zu den Stadtwerken, zum Hallenbad. Da hat natürlich auch der Referent schuld, daß das Hallenbad gesperrt werden mußte. Wenn es Probleme im Altenheim gibt, die aufgezeigt wurden, hat natürlich auch der Referent schuld, obwohl er sich bemüht hat, auf dieser Ebene tätig zu sein, aber dort und da natürlich immer wieder feststellen mußte, daß er keine Mehrheit gefunden hat. So gibt es eine Reihe von Beispielen: Bürgerspital, ein ähnlicher Fall. Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn man sich wirklich dazu bekennt, daß das ein kultureller Auftrag der Stadt ist - und ich sage, ich bekenne mich dazu -, bitte, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, dann sind sie am Zug, endlich diese

Voraussetzungen zu schaffen, Voraussetzungen in personeller und in finanzieller Hinsicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Vizebürgermeister, die zweite bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich muß natürlich schon einiges beantworten und einiges richtigstellen. Im Antrag, in der Begründung, da stimmt alles, Herr Philipps, da brauchen sie sich nichts antun. Ich habe auch geschrieben von jährlichen Kosten von 4 - 5,5 Millionen Schilling. Diese Kosten sind nachzuvollziehen. Es beziehen sich natürlich die 5,5 Millionen Schilling auf ein besonders teures Jahr - es hat ja auch Abfertigungen gegeben - aber das ist alles, was da unter Personalaufwand zusammengekommen ist. Sie können sicher sein, daß das stimmt. Zum Antrag der GAL-Fraktion: Ich glaube, wir müssen in Steyr alles zehnmal und zwanzigmal machen, bis wir endlich irgendwann einmal tätig werden. Es gibt ein mehrfach revidiertes EDV-Konzept. Es gibt mehrfach bereits Unterlagen darüber, wie das gesamte Haus, in dem die Bücherei drinnen ist, zu renovieren ist. Es gibt Kostenvoranschläge. Es wurde ausgemacht und ich habe das in jedem Budgetgespräch auch vorgebracht, aber dort ist immer gesagt worden nächstes Jahr, nächstes Jahr, übernächstes Jahr. Herr Stadtrat Tatzreiter, wenn sie auch jetzt sagen, wir verkaufen zuerst den einen Teil, Hotel Nagl - wofür ich nicht bin, das kann ich jetzt gleich sagen, weil ich gegen eine Parifizierung von diesem Haus bin -, aber mit dem Erlös renoviere ich jetzt irgendwann einmal die Bücherei, dann kann ich mich damit nicht zufrieden geben. Denn wenn die Absicht besteht - von wem auch immer -, daß wir nur das Hotel Nagl verkaufen, dann muß ich die Einnahme budgetieren, muß aber auch die Ausgabe für die Renovierung der Bibliothek budgetieren. Ich kann jetzt ja nicht einfach das Geld hernehmen und sagen: So, jetzt haben wir es eingenommen, jetzt machen wir halt irgendetwas daraus. Im Budgetansatz habe ich hier nichts gefunden. Zu den Behinderten, weil über sie gesprochen worden ist: Genau das ist ein Problem auch der jetzigen Situation, seit 35 Jahren leistet sich die Stadt Steyr eine Bücherei, die nicht behindertengerecht ist. Punkt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster ist der Herr Gemeinderat Vanek am Wort.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Wie sie vorhin gesagt haben, Herr Dr. Pfeil, sind die Konzepte schon ausgearbeitet und liegen vor. Mir persönlich liegen sie nicht vor, und es dürften auch anderen Kolleginnen und Kollegen diese Konzepte nicht bekannt sein. Darum möchte ich mit diesem Antrag darauf hinweisen, daß endlich diese Sachen auf den Tisch kommen, und daß klar wird, was jetzt zu machen ist und was nicht. Denn wenn man nicht weiß, was man machen soll, dann werden wir das Problem noch die nächsten fünf Jahre vor uns herschieben. Wenn klar ist, was jetzt zu machen ist, wird es auch in den Budgetverhandlungen leichter werden, das unterzubringen. Das ist zumindest meine Intention bei diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Zunächst stelle ich auch fest, daß Herr Dr. Pfeil aus meiner Sicht unzulässigerweise die Bücherei oder das Hotel Nagl mit dem Verkauf von Liegenschaft vermischt. Das ist in diesem Zusammenhang nicht korrekt, weil es im Budget einen Einnahmehinweis gibt, wie wir Teile des außerordentlichen Haushaltes aus dem Verkauf von Liegenschaften finanzieren. Dabei ist das Hotel Nagl ausdrücklich nicht in Betracht gezogen. Das haben wir in der Budgetklausur erörtert. Ich persönlich habe in der Budget-klausur den Vorschlag gemacht, daß man den Hotelbereich des Hotel Nagl verkaufen sollte und mit dem Erlös eine Modernisierung der Bücherei vornehmen soll. Ich stelle das nur fest. Im Hinblick auf ihre verlangte Liste von Liegenschaften, die sie immer wieder urgieren, können sie zumindest nicht Nagl meinen, weil Nagl geschätzt worden ist durch einen beeideten Sachverständigen ohne Wissen, was dabei herausgekommen ist. Auch der präsumtive Käufer, den sie mir geschickt haben, hat das schon gewußt. Was zumindest merkwürdig ist, möchte ich feststellen, wenn einer kommt und sagt einem den Schätzpreis, der vor 2-3 Jahren ermittelt ist.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wollen sie mir unterstellen, daß ich hier etwas ausplaudere? Wollen sie das wirklich?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Überhaupt nicht, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie tun es aber!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... aber sie nehmen sich sehr an. Ich habe das nicht gesagt. Sie können im Protokoll nachlesen, was ich gesagt habe. Schauen sie sich das im Protokoll an, Herr Dr. Pfeil. Ich kann ihnen nur sagen, daß mir der von ihnen geschickte präsumtive Käufer den Preis gesagt hat, um den er es erwerben will. Das haben nicht sehr viele Leute gewußt, ich war überrascht. Ich habe ihm gleich gesagt, daß ich persönlich nicht für einen Verkauf und für eine Privatisierung der Bücherei bin. Ich weiß nicht, ob sie informiert sind, aber wahrscheinlich schon, daß bei einem weiteren Gespräch mit diesem präsent..., nein, präsumtiven Interessenten Freudscher Versprecher! ... daß er - horchen sie gut zu, Dr. Pfeil, weil immerhin schlagen sie vor, was wir tun sollen mit dem Nagl - sein Angebot modifiziert hat, und zwar in einer Weise, die für die wirtschaftliche Sicht der Stadt besonders unbefriedigend ist und uns sozusagen nicht den Appetit wachsen läßt, die Bücherei zu privatisieren.

Seine Vorstellung ist mittlerweile die, daß er das Hotel Nagl übernimmt, kostenlos bitte sehr! Da kenne ich sehr viele, die das möchten. Für einen Zeitraum von fünf Jahren würde er die Bücherei gratis für die Stadt führen, und später sollen wir dann einen Betrag pro Jahr bezahlen, der sich ungefähr in der Höhe von dem bewegt, was auch bei Führung durch die Stadt erreichbar scheint. Das ist nicht attraktiv für die Stadt.

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein Zwischenruf sei erlaubt: Ich bin selbstverständlich immer dafür eingetreten, wenn es so ein Projekt angeht, daß es zum Verkauf ausgeschrieben wird. Das ist doch selbstverständlich!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist keine Schwierigkeit, das Hotel Nagl zum Verkauf auszuschreiben. Was sie mit diesem Antrag wollen ist ja, die Bücherei zu privatisieren. Da brauchen ich einen, der die Bücherei übernimmt, kauft, sich schenken läßt und sie dann führt. Das ist aber zufällig derselbe, der das Nagl kaufen will und eine wirtschaftliche Nutzung des Hotel Nagl im Sinn hat. Das hat er ja mit ihnen vorweg abgesprochen, hat er mir mitgeteilt. Dieser Vorgangsweise kann ich mich - und unsere Fraktion und auch andere, wie ich höre - auch nicht anschließen. Richtig ist natürlich, daß wir dort Modernisierungsbedarf haben, das bestreitet niemand. Darum habe ich das ja gesagt, nachdem die Budgetsituation eine schwierige war und alle gesagt haben: sparen, sparen, sparen und kein Schilling Neuverschuldung, keine Rücklagenentnahmen, ordentlicher Haushalt ausgeglichen. Natürlich hat gleichzeitig jeder eine Menge Projekte - fünf an jedem Finger -aufgezählt, die auch noch notwendig sind, und da gehört die Bücherei auch dazu. Da habe ich dann diesen Vorschlag gemacht, aus dem Erlös des Hauses Nagl die Bücherei dort zu belassen und zu sanieren. Es hat einige Vorschläge gegeben, die Bücherei im Bürgerspital unterzubringen. Das wurde geprüft. Man hat festgestellt, daß die Räumlichkeiten ad eins nicht geeignet sind, ad zwei würden Kosten anfallen, die höher sind als das, was das Hotel Nagl bei einem allfälligen Verkauf bringen würde. Es hat eine Überlegung gegeben, die Bücherei am Stadtplatz in einem renommierten Hause einzumieten. Die Investitionen plus die Miete hätten einen Betrag erfordert, der uns veranlaßt hätte, in 7 bis 8 Jahren den Erlös des Hotel Nagl auszugeben. Ein wirtschaftspolitischer Weg, den ich als Finanzreferent dieser Stadt nicht mitzugehen bereit bin. Ich muß schon sagen, die Dinge müssen einen Sinn haben. Den Kulturauftrag, den haben schon die Gründer dieser Bücherei verspürt. Wir haben das auch weitergeführt. Wir haben viel, vielleicht manchmal zuviel Geld dort ausgegeben. Ich bin auch nicht gegen die Modernisierung. Ich bin zwar damals gegen das EDV-Projekt eingetreten, aber aus einem sehr plausiblen Grund, und ich kann das gerne wiederholen. Man hat gemeint, man muß 2 Millionen für Soft- und Hardware dort investieren, muß zusätzlich 2 Personen 1 Jahr lang beschäftigen, um diese Bücher einzugeben, und hinterher braucht man wieder gleich viele Leute wie vorher. Das habe ich als ein nicht wirtschaftliches Projekt betrachtet, das würde wahrscheinlich jeder andere ordentliche Kaufmann auch so sehen. Unter solchen Aspekten kann man nicht investieren, das muß schon auch einer wirtschaftlichen Berechnung standhalten. Meine Ergänzung und Vorstellung ist auch, daß richtig ist, daß hier vielleicht in der Personalplanung und -politik zuviel des Guten getan wurde - oder das Falsche, das kann man ruhig sagen -, nämlich zuviele Mitarbeiter, die unter Behinderungen leiden, in einem Betrieb mit rund 1000 Leuten auf einem Platz zu versammeln, weil das eine leichtere Tätigkeit ist. Das heißt noch nicht, daß diese Leute die ausreichende Qualifikation haben müssen. Vor allen Dingen gibt es Schwierigkeiten, wenn dann in konzentrierter Form Fehlzeiten auftreten. Das ist aber - - bitte sehr - beherrschbar und es wäre natürlich gerade im Geschäftsbereich die Aufgabe, zusammen mit dem Referenten diese Veränderungen herbeizuführen. Ich muß auch ehrlich sagen, mir ist bis jetzt noch kein konkretes Programm für die Modernisierung der Bücherei am Ort vorgelegt worden. In letzter Zeit hat es wieder einmal so eine Seifenblase gegeben, eine sehr große,

eine sehr schillernde, da hat man gemeint, man muß ein Büchereiprojekt machen in einer Größenordnung - was fällt mir denn da ein dazu - von den Kosten her fast so wie unser Rot-Kreuz-Zentrum. Das sehe ich nicht als realistisch an. Meiner Meinung nach geht es darum, daß hier modernisiert wird, daß es zeitgemäße Bedingungen in der Bücherei herzustellen gilt, da würden wir uns auch von der budgetären Seite her sehr leicht tun. Wir können das natürlich tun, wenn man das Haus verkaufen kann. Die Bücherei bleibt dort, was wir für sie brauchen, behalten wir uns. Mit dem Erlös, den wir außerordentlich einnehmen, können wir auch einen Beschluß fassen, daß wir dort investieren. Je schneller das geschieht, desto lieber ist es mir. Wenn sie anführen, daß man die Bücherei mit kleinen Kärtchen führt und vielleicht noch die Bücher wäscht - ich weiß zwar nicht, da fehlt mir die Phantasie, wie reizvoll das in heutiger Zeit ist, einen alten Johannes Mario Simmel abzuwaschen -, dann muß ich ehrlich sagen, das sind Dinge, die vor Ort geändert werden müssen. Da hält niemand jemanden auf, wenn er hier Verbesserungen bringt. Ich habe auch wenig Verständnis dafür, wenn mir gesagt wird, daß man vielleicht schon 10 Minuten braucht, um die Leihgebühr für ein Buch auszurechnen, die dann 7 oder 8 Schilling oder ich weiß nicht wieviel ist, weil man die Wochen und das alles zusammenzählen und multiplizieren und dann das Geld einkassieren muß. Da würden sich auch modernere Möglichkeiten ergeben, wie das auch anderswo geschieht. Das bräuchte man eigentlich gar nicht alles selber erfinden, das könnte man einfach „abkupfern“, wie man das mit einem volkstümlichen Begriff sagen könnte. Ich muß ehrlich sagen: Behinderte dort ja, aber nicht in einem überdimensionierten Ausmaß. Ich glaube, daß man diese Bücherei, besonders wenn hier auch der EDV-Einsatz kommt, durchaus mit etwa 2,5 Millionen Schilling Kosten führen könnte, und ich bin auf jeden Fall für diese Philosophie. Ich halte es nicht für gut, ununterbrochen mit dem Drohfall „privatisieren“ zu deuten. Mir wäre es lieber, wenn wir ein ordentliches, vernünftiges, betriebswirtschaftlich überlegtes Konzept am Tisch hätten. Vielleicht kommen wir auf diese Art zu einem, wie das heute vorgeschlagen wird. Zum Schluß möchte ich nur sagen, Privatisierung ist schon recht. Es gibt manche Dinge, wo Private eine Leistung günstiger, besser, schneller bringen können. Aber es gibt auch Bereiche, wo privatisieren gefährlich ist, eigentlich abzulehnen ist. Ich bin nicht dafür - und wir haben ja gerade so ein praktisches Beispiel -, zu privatisieren und zu deregulieren bis zum Rinderwahnsinn. Da gehe ich sicher nicht mit. Ich glaube, wir sollten hier vernünftige Linien für das Privatisieren haben. Dort, wo man Aufträge nach außen geben kann, sollten wir das tun. Bei dem, was an sich unsere Aufträge sind, und wo wir das auch selber gut oder sogar besser machen könnten, sollten wir das auch selber tun.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Zuerst werden wir über den Abänderungsantrag der Grünen abstimmen. Es ist ein Abänderungsantrag. Er hat das gesagt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das steht ausdrücklich drauf!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer stimmt gegen diesen Abänderungsantrag? 5 Gegenstimmen (F). Wer enthält sich der Stimme? 3 Stimmenthaltungen (F). Wer erteilt dem Abänderungsantrag die Zustimmung? Der Rest. Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen. Kommen wir zur Abstimmung des Hauptantrages. Ja, man muß über den Hauptantrag abstimmen. Das möchte ich ja gerade machen, bitte! Wer dem Hauptantrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit den Hand. 8

Stimmen dafür (F). Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Wer ist dagegen? Der Rest. Der Hauptantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Danke. Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich übernehme den Vorsitz und bitte die Frau Kollegin Mach um ihren Antrag Nr. 7, Brennstoffaktion.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Seid froh, daß ihr nicht so sozial arm seid, sonst wäre das sehr wichtig für euch, meine Damen.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Mein Antrag betrifft die Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen für das Jahr 1996. Diese freiwillige soziale Leistung kommt jährlich rund 700 Personen zugute. In den Genuß der Beihilfe kommen über Antragstellung Bürgerinnen und Bürger, deren monatliches Haushaltseinkommen den Ausgleichszulagenrichtsatz nach dem ASVG nicht übersteigt. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

7. SH-38/96 Brennstoffaktion für ein- kommenschwache Personen-gruppen im Jahr 1996.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1996 wird der Betrag von S 720.000,-- aus den bei der VSt. 1/4291/403000.2 präliminierten Mitteln freigegeben.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 21. 3. 1996 durchzuführen. Die stadträtliche Referentin ist ermächtigt, wie in den Vorjahren in berücksichtigungswürdigen Fällen bei Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Wir kommen zum nächsten Antragsteller, Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, bitte sehr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTERDR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe heute nur einen Antrag, er lautet:

8. Fin-89/94 Museum Industrielle Arbeits-welt; Förderung 1996.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 8. 3. 1996 wird dem Museum Industrielle Arbeitswelt für 1996 eine Subvention in Höhe von S 950.000,-- gewährt. Der genannte Betrag ist im Voranschlag 1996 auf der VA 1/3600/757000.7 Heimathaus Steyr, Subventionen Museum Arbeitswelt vorgesehen.

Ich bitte um Diskussion bzw. Abstimmung im positiven Sinne.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke Herr Dr. Pfeil. Der nächste Antragsteller ist Herr Kollege Stadtrat Bremm.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Antrag bezieht sich auf ein Entsorgungskonzept für Klärschlamm aus Abwasserentsorgungsanlagen. Aufgrund der Bestimmungen des § 8 des OÖ. Bodenschutzgesetzes sind die Gemeinden verpflichtet, im Rahmen ihres eigenen Wirkungsbereiches ein Entsorgungskonzept für die geordnete Abwasserentsorgung, insbesondere von Senkgrubeninhalten und Klärschlämmen aus Kleinkläranlagen im Sinne des § 7 zu erstellen. Nach Erlassung dieses Entsorgungskonzeptes der OÖ. Gemeinden hat sodann die Landesregierung zusammenfassend Leitlinien für die überregionale Abwasserentsorgung in den Raumordnungsprogrammen des OÖ. Raumordnungsgesetzes zu erlassen, wobei der Gesetzgeber zur Umsetzung eine Frist bis zum 31. 12. 1996 eingeräumt hat.

Die Stadt Steyr hat den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung beauftragt, dieses örtliche Entsorgungskonzept zu erstellen. Dieses Konzept wurde bereits vom Amt der OÖ. Landesregierung vorbegutachtet und aus umweltfachlicher Sicht von der Abt. Umweltschutz des Amtes der OÖ. Landesregierung als genehmigungsfähig erachtet.

In Entsprechung des § 8 des Bodenschutzgesetzes wäre das vorliegende Entsorgungskonzept nunmehr vom Gemeinderat zu beschließen. In weiterer Folge müßte dieses Entsorgungskonzept von der OÖ. Landesregierung als Aufsichtsbehörde geprüft werden und sodann als gültiges Konzept für die Stadt Steyr kundgemacht werden.

Der Antrag lautet:

9. Bau2-3641/92 Entsorgungskonzept für Klärschlamm aus Abwasserentsorgungsanlagen gem. § 8 OÖ. Bodenschutzgesetz 1991; Konzepterstellung für die Statuta-stadt Steyr; Beschlußfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Gewerbe-, Betriebsanlagen-, Umwelt- und Wasserrecht vom 26. 3. 1996 wird das vom Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung erstellte Entsorgungskonzept für die Stadt Steyr vom August 1993 beschlossen.

Ich ersuche, darüber zu diskutieren und dem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird zu dem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Bremm und ersuche den Kollegen Eichhübl und seine Anträge.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeister, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Antrag, den ich ihnen vorzutragen habe, ist an sich dreigeteilt, er lautet:

10. Stw-13/96 Erdgasaufschließung Waldrandsiedlung, 4. Teil; Erneuerung Erdgaszuleitung Bereich ARBÖ-Ortskai; Erneuerung Trinkwasserversorgungsleitung Nelkengasse

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 11. März 1996 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung Waldrandsiedlung 4. Teil, Erneuerung Erdgaszuleitung Bereich ARBÖ-Ortskai sowie die Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitung in der Nelkengasse nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

Gasleitungsbau

Tiefbauleistungen

Firma Illma GesmbH, Steyr

S 346.278,-- (excl. USt)

Ankauf der Sphärogußrohre und Formstücke Firma kontinentale Handels-gesmbH, Wels
S 203.177,-- (excl. USt)

Wasserleitungsbau

Tiefbauleistungen

Firma Illma GesmbH, Steyr

S 57.616,-- (excl. USt)

Ankauf der Rohr- und Installationsmaterialien Firma Höller Eisen, Oberweis S 9.470,--
(excl. USt)

Die Finanzierung gegenständlicher Gasleitungsbaumaßnahmen soll über eine Kapitaleinlage der Stadtgemeinde Steyr bei den Stadtwerken erfolgen. Die Wasserleitungsbauarbeiten sind aus Mitteln

der laufenden Gebarung des Teilbetriebs Wasserwerk zu erbringen.

Herr Bürgermeister, ich darf bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Oppl, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Nur ganz kurz: Auch wenn wir anschließend sicherlich einstimmig den eben vorgetragenen Antrag des Herrn Stadtrat Eichhübl beschließen werden, erlauben sie mir doch trotzdem, kurz zu einem Teilbereich dieses Antrages, nämlich zur 4. Ausbaustufe der Erdgasanschließung in der Waldrandsiedlung einige Bemerkungen zu machen. Was sich in der Zwischenzeit an und für sich als selbstverständlich darstellt, war vor Beginn dieser Erdgasanschließungsarbeiten keineswegs so. Wäre es damals nach den Intentionen der Stadtwerke gegangen - und da muß ich sie, Herr Stadtrat Eichhübl, als zuständigen politischen Referenten, der ja auch unter anderem die Auffassungen der Stadtwerke in der Öffentlichkeit vertritt, ebenfalls mit einschließen -, wäre 1993 nicht mit der Erdgasanschließung in der Waldrandsiedlung begonnen worden, sondern mit der nach und in Garsten. Die Bewohner der Waldrandsiedlung hätten wahrscheinlich bis dato kein Erdgas zur Verfügung. Aus meiner Sicht war es wesentlich den Forderungen der in der Waldrandsiedlung wirkenden Funktionäre unserer Fraktion, die ganz maßgeblich die Forderungen der Bevölkerung unterstützt haben, aber in erster Linie auch der Unterstützung und dem Einsatz unseres Bürgermeisters zu verdanken, daß die anfänglichen Widerstände, die seitens ihres Ressorts, Herr Stadtrat, aufgetreten sind, beseitigt werden konnten. In der Zwischenzeit stehen wir vor der 4. und vorläufig letzten Ausbaustufe und werden mit einem finanziellen Aufwand von ca. 9,3 Millionen Schilling einen Anschließungsgrad von rund 90 Prozent erreicht haben. Wenn man bedenkt, daß bis dato genau 80 Anschlüsse getätigt wurden und mit der 4. Ausbaustufe insgesamt mindestens noch 10 weitere - laut Stadtwerken mit steigender Tendenz - dazukommen werden, dann ist das nicht nur in meinen Augen, sondern auch in den Augen der zuständigen Bediensteten nicht nur in finanzieller Hinsicht auch für die Stadtwerke inzwischen eine gute Sache. Da gute Sachen aber die Eigenschaft aufweisen, daß sie innerhalb kurzer Zeit auf einmal viele Väter haben, war es - so glaube ich - jetzt aus meiner Sicht einfach notwendig, den - wenn sie so wollen - richtigen oder auch leiblichen Vater dieser Aktion, dieser Projektes Erdgasanschließung Waldrandsiedlung, in Erinnerung zu rufen, nämlich unseren Herrn Bürgermeister. Das muß hier einmal gesagt werden, um es allen wiederum in Erinnerung zu rufen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals für diese Lobpreisung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Dr. Tilman Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Seien wir froh, daß diese Debatte nicht um die Gartenbausiedlung geht, weil wir sonst darüber

streiten würden, ob wir über Gartenzwerge oder Waldzwerge streiten. Andere Sache: Ich wollte ihnen nur empfehlen, bevor wir irgendeinen Zuschlag erteilen, daß man vielleicht von der Firma ILLMA vorerst einmal einen Firmenbuchauszug einholt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Diesem zweckdienlichen Hinweis werden wir nachgehen. Schlußwort bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich möchte vorerst einmal zur Vaterschaft recht herzlich gratulieren. Der Kollege Oppl hat ja in sehr blumiger Sprache darauf hingewiesen, wo der Vater der Erdgasaufschließung Waldrandsiedlung sitzt. Aber Spaß beiseite. Der Kollege Oppl hat gesagt, es ist eine gute Sache. Das kann ich nur unterstreichen. Ich darf aber doch vielleicht eines hier vor diesem Gemeinderat zum Ausdruck bringen, um die Sache etwas ins rechte Licht zu setzen: Natürlich hat der Kollege Oppl recht, wenn er gemeint hat, daß ich mich dafür eingesetzt habe, daß auch in der benachbarten Gemeinde Garsten Erdgasaufschließungen erfolgen, weil ja das schlußendlich auch zum Versorgungsgebiet der Stadtwerke gehört. Aber ich darf den Kollegen Oppl bitten, schon eines zu bedenken, nämlich daß von seiten der Stadtwerke - und mir geht es jetzt gar nicht darum, mir da selbst Federn auf den Hut zu stecken - auch die Waldrandsiedlung und die Aufschließungsmaßnahmen Garsten usw. und so fort - ich habe jetzt nicht alle Bereiche auswendig im Kopf - zur Diskussion angestanden sind bzw. eingereicht wurden zu Budgetierung und vorerst einmal der Bereich Waldrandsiedlung herausgenommen wurde. Aufgrund einer Bürgerversammlung habe ich dort sehr erfreut vernommen - und ich habe das auch dort zum Ausdruck gebracht -, daß man bereit ist, Mittel für die Erdgasaufschließung Waldrandsiedlung zur Verfügung zu stellen und diesen Bereich unterstützt. Dafür darf ich als Referent mich bedanken. Es war sicherlich eine wichtige und gute Sache, denn schlußendlich - und das darf ich zum Abschluß sagen - sind in diesem Bereich in den letzten Jahren etwa 80 neue Erdgasanschlüsse geschaffen worden. Jetzt beim 4. Ausbauteil gibt es 6 konkrete Ansuchen und erfahrungsgemäß meldet sich der eine oder andere noch, um ebenfalls einen Erdgasanschluß zu erhalten. Man rechnet damit, daß man mittels dieser 4. Bauetappe - wobei auch im Amtsbericht die Erwähnung drinnen ist, daß dann vorläufig dort ein Ende gefunden werden soll - etwa 90 Erdgasanschlüsse neu geschaffen hat. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Anschlußgebühren für Trinkwasseranschlüsse an das städtische Trinkwasserversorgungsnetz wurden letztmalig mit Beschluß des Gemeinderates vom 9. 6. 1994 und mit Wirksamkeitsbeginn 1. 7. 1994 angehoben. Ich weise darauf hin - obwohl es ja im Amtsbericht drinnen steht -, daß diese Anschlußgebühren für die vorhin genannten Anschlüsse an das Trinkwasserversorgungsnetz der Stadt Steyr als Mindestanschlußgebühren zur Erwirkung von

Landesförderungen anzusehen sind und mit Erlaß des Amtes der OÖ. Landesregierung vom 29. 11. 1995 nunmehr - nach dem Verbraucherpreisindex 1986 wertgesichert - um 2 % angehoben werden sollen. Daher hat sich der Ausschuß für kommunale Betriebe mit dieser Thematik beschäftigt. Der Antrag des Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen lautet daher:

11. Stw-18/96 Städt. Wasserwerk; verbraucherpreisindexbedingte Anhebung der Anschlußgebühren zufolge des Erlasses des Amtes der OÖ. Landesregierung vom 29. 11. 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 11. 3. 1996 wird der Anhebung der Anschlußgebühren nach der Verbraucherpreisindexsteigerung 1986 für den Zeitraum vom September 1994 bis September 1995 im Ausmaß von 2 % mit Wirksamkeit 1. 5. 1996 wie folgt zugestimmt:

Anschluß- Anschlußgeb.

dimension ab 1. 5. 1996

(Bedarfseinh.) (excl. USt)

NW 20 (1-4 BE)

18.360,--

NW 25 (5-9 BE)

41.310,--

NW 32 (10-15 BE)

68.850,--

NW 40 (16-20 BE)

91.800,--

NW 50 (21-36 BE)

165.240,--

NW 65 (37-60 BE)

275.400,--

NW 80 (61-90 BE)

412.590,--

NW 100 (91-140 BE)

642.600,--

NW 150 (141-320 BE)

1.468.800,--

NW 200 (321-560 BE)

2.570.400,--

Es sei mir eine Anmerkung gestattet, nachdem ich jetzt solange von Nennwerten und Bedarfseinheiten gesprochen habe. Der Nennwert - Entschuldigung, es heißt Nennweite, ich habe Nennwert gesagt. Ich berichtige mich, es ist vollkommen richtig, es heißt Nennweite, danke für den Hinweis. Die Nennweite wird angegeben in Millimeter und weist auf den Rohrdurchmesser des Anschlusses hin. Die Bedarfseinheit wird vom Installateur nach Personenanzahl der im Haushalt lebenden Personen ermittelt.

Der Antrag lautet weiters:

Da diese Förderungsrichtlinien des Landes Oberösterreich eine jährliche Anpassung der Anschlußgebühren entsprechend dem Verbraucherpreisindex 1986 vorsehen, wird diesen mit vorliegendem Beschluß generell zugestimmt.

Herr Bürgermeister, ich darf sie um Diskussion und Abstimmung bitten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Wir kommen zur Abstimmung. Nein, wir haben noch ein Schlußwort. Ohne daß jemand etwas gesagt hat, das ist ja bemerkenswert.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ein kurzes Schlußwort, Herr Bürgermeister, ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen. Nachdem es ja in diesem Belange um die Wasserversorgung der Stadt Steyr geht, darf ich dem hohen Gemeinderat darüber berichten, daß nach wie vor die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Perchloräthylenverunreinigung im Gange sind. Es wurde nur eine einzige Änderung, die ihnen sicherlich noch in Erinnerung ist, in technischer Hinsicht geschaffen, es gibt seit einiger Zeit eine Rigolenversickerung. Bisher wurden etwa 21 Millionen für diese Wasserreinigungsmaßnahmen ausgegeben. Wir haben an sich eine Zusicherung des zuständigen Ministeriums auf Rückerstattung dieser Kosten, haben aber bedauerlicherweise bis dato nur etwa 7,4 Millionen Schilling erhalten. Soweit ich informiert bin, befaßt sich die Rechtsabteilung dieses Hauses mit dieser Thematik, um schneller zu diesen versprochenen Förderungsmitteln zu kommen. In diesem Zusammenhang mit den Maßnahmen nach diesem Perchloräthylenunfall hat es ja eine Anfrage der GAL gegeben, die in etwa - ich sage das jetzt nur nach meiner Erinnerung - zum Inhalt hatte, daß man Gefahr sieht, daß durch das Ausblasen dieses Perchloräthylens eine Luftverunreinigung entstehen könnte und durch Niederschläge zusätzlich das Grundwasser belastet werden würde. Ich habe damals die Anfrage insofern beantworten können, weil von der Firma HPC - das ist diese Fachfirma - entsprechende Daten vorgelegen sind. Es war aber mir auch ein Anliegen, es nicht dabei zu belassen. Es wurde daher auch an die Wasserrechtsabteilung des Landes Oberösterreich eine dementsprechende Sachverhaltsdarstellung übermittelt. Diese weist in einem Schreiben, das erst vor wenigen Tagen eingelangt ist, darauf hin, daß - ich zitiere: „Bezugnehmend auf ihre Anfrage wird aus der Sicht der

Luftreinhaltung mitgeteilt, daß dem Ausblasen der Anlagenabluft in die freie Atmosphäre ohne Vorreinigung im gegenständlichen Fall aufgrund des geringen Schadstoffgehaltes zugestimmt werden muß.“ Es folgt dann eine Reihe von Auflistungen technischer Daten, die ich nicht wiederholen möchte, aber schlußendlich endet dieser Brief mit dem Satz, daß weitere technische Maßnahmen nicht zielführend wären, weil der Erfolg relativ gering ist. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ihr werdet es intern noch abfragen, falls es noch Bedarf gibt, aber es war das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich komme dann zu meinem dritten Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, und zwar ist das ebenfalls ein Antrag, der im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen mehrmals behandelt worden ist. Es geht darum, daß am Kremationsofen, der ja damals durch die Firma ABB errichtet wurde, im Spätsommer 1995 nach ca. 3000 Veraschungen eine Unterofenausmauerung und gleichzeitig auch eine Erneuerung der Heizspiralen durchgeführt werden mußte. Nun ist die Situation so, daß man nach 2500 - 3000 Veraschungen mit einer Vollausmauerung zu rechnen hat, weil eben diese Schamottierung einer derartigen Belastung nur in dem Ausmaß standhält und man mit Kosten von etwa 4,7 Millionen Schilling rechnen muß. Als Grundlage für diese Berechnung wurde eine jährliche Veraschungs-rate von 520 Personen herangezogen. Daher ergeht folgender Antrag:

12. Stw-20/96 Krematorium; sanierungsbedingte etappenweise Anhebung der Veraschungsgebühren.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 14. 3. 1996 wird der etappenweisen Anhebung der Veraschungsgebühren gemäß nachstehendem Vorschlag unter Beibehaltung der mit Gemeinderatsbeschluß vom 2. 12. 1993, Zl. STW-166/93, beschlossenen Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex 1986 zugestimmt.

Die Erhöhungen betragen zu den angegebenen Wirksamkeitszeitpunkten nachstehende Beträge:

Zum 1. 5. 1996

von S 2.287,-- auf S 2.787,--,

zum 1. 1. 1997

von S 2.787,-- auf S 3.287,--,

zum 1. 1. 1998

von S 3.287,-- auf S 3.787,-- und

zum 1. 1. 1999

von S 3.787,-- auf S 3.851,--.

Die aus der Erhöhung der Veraschungsgebühren resultierenden Mehreinnahmen betragen ohne Wertsicherung rund S 4,7 Millionen und werden in der Bilanz als Rücklage für die notwendigen Sanierungen der Schamottierung ausgewiesen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Gollatsch, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Zu diesem Antrag bzw. zu dieser Anhebung der Kremationsgebühren ist schon ein bißchen etwas zu sagen. Diese Erhöhung macht bis zum Jahr 1999 sage und schreibe $\frac{2}{3}$ des jetzigen Preises bzw. mehr als $\frac{2}{3}$, nämlich 68 % aus. Es ist hier in der Begründung zu diesem Antrag - das gefällt mir immer wieder von den Stadtwerken - angeführt: Die Kosten der Unterofenausmauerung usw haben die Stadtwerke zu einer Neukalkulation der Veraschungsgebühren veranlaßt. Das ist eine ausgesprochene - naja, ich will nicht Lüge sagen, sondern es ist die Unwahrheit. Die Stadtwerke wurden vom Ausschuß veranlaßt, neu zu kalkulieren. Weil die Stadtwerke für diese Ausmauerung des Ofens von der Stadt Geld haben wollten. Und im Ausschuß sind wir draufgekommen, daß die Kalkulation der Veraschung von den Stadtwerken so gemacht wird, daß Investitionskosten, die voraussehbar sind, nicht in den Kremationskosten drinnen sind. Bitte, das ist ein ausgesprochenes gesamtwirtschaftliches Fehlverhalten der Direktion der Stadtwerke. Darum sind wir jetzt bemüßigt, diesen Preis so hoch zu erhöhen. Das zu diesem Antrag, danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Bremm. Ich erteile es ihm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie schon erwähnt, haben wir hier im Ausschuß tatsächlich sehr heiße Diskussionen geführt. Ich möchte das, was Kollege Gollatsch hier schon angeführt hat, nicht mehr wiederholen, möchte es aber nicht nur beschränken auf die Direktion der Stadtwerke, sondern da kann ich dir, lieber Roman Eichhübl, nicht ersparen, auch dich dafür verantwortlich zu machen. Immerhin bist du auch schon das fünfte Jahr in diesem Bereich der Referent. Es ist hier sicherlich zu Lasten jener, die ab Zeitpunkt dieses Beschlusses schon das Schicksal zu tragen haben, daß ein Angehöriger verstorben ist, daß die Kosten in einem ungleichverhältnismäßigen Ausmaß angehoben werden. Ich glaube auch, wenn man weiß, daß nach einer bestimmten Anzahl von Veraschungen - und ich möchte das ausdehnen -, wenn man weiß, daß in bestimmten Einrichtungen nach einem gewissen Zeitraum Investitionen notwendig sind, dann

muß man das auch in den Kalkulationen berücksichtigen, ohne daß wir dabei soziale Tarife aus den Augen verlieren müssen. Ich glaube, daß sich hier beides vereinbaren läßt. Daß wir soziale Tarife gestalten können, aber daß natürlich solche Investitionen doch in der Gestaltungen derer berücksichtigt werden müssen. Hier sind wirklich die Zahler auf weitere Zeiten jene, die in der nächsten Zeit betroffen sein werden. Ich würde dich schon ersuchen, Roman Eichhübl, in Zukunft auch in deinem Bereich auf das zu achten und darauf aufmerksam zu machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Das ist nicht mehr der Fall. Schlußwort bitte, Herr Referent.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich danke für das Schlußwort. Ich darf gleich beim Letztredner damit beginnen, daß er offensichtlich wieder einmal einiges verdreht hat. Lieber Gerhard, ich darf dir das zurückgeben und darf dir schon eines sehr deutlich sagen - und das betrifft jetzt nicht nur den Bereich Kremation, sondern betrifft auch andere Bereich von Tarifen, wo man halt mit der 2/3-Mehrheit, der du auch damals angehört hast, sehr soziale Tarife immer wieder hochgehalten hat und die wirtschaftlichen Überlegungen zwar den anderen überlassen hat, aber selber nicht bereit war, entsprechend Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Jetzt stehen wir eben vor der Situation, darauf hat auch der Kollege Gollatsch im Ausschuß hingewiesen und auch heute wieder, daß wir Vorsorgemaßnahmen treffen müssen. Wir müssen das einfach, weil uns eben alles rundherum zu eng wird. Aber der Grund, warum eine derartige Entwicklung entstanden ist, ist nicht, seitdem Stadtrat Eichhübl Referent ist, sondern liegt etwas weiter zurück. Man hat nämlich zu Zeiten der 2/3-Mehrheit sehr soziale Tarife immer wieder hochgehalten - das betone ich nochmals -, und die haben schlußendlich dann zu dieser Situation geführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Der Referent hat sein Schlußwort beendet. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Mein letzter Antrag beinhaltet einen Neuabschluß eines Erdgasliefervertrages mit der OÖ. Ferngas AG. Mit Gemeinderatsbeschluß vom 26. 1. 1995 wurde zwar ein Neuabschluss gemacht, der eine entsprechende Höchstleistungsmenge je Stunde im Ausmaß von 7.400 m³ vorgesehen hat, aber durch die im Jahre 1995 neugewonnenen Gasabnehmer - was ja sehr erfreulich ist, das wurde bereits mehrmals unterstrichen heute - im Zusammenhang mit den Erdgasaufschließungen ist natürlich diese Abnahmemenge etwas zu gering. Es ist daher ein neuer Vertrag mit der OÖ. Ferngas abzuschließen. Der Antrag lautet:

13. Stw-2/95 Städt. Gaswerk; Erdgasliefervertrag mit der OÖ. Ferngas AG; Vertragsanpassung für Bereitstellungs- und Jahresabnahmemenge.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 12. 3. 1996 wird der Vertragsanpassung zum Erdgasliefervertrag mit der OÖ. Ferngas AG ab 1. 1. 1996 zugestimmt, wobei die Jahresabnahmemenge ca. 22,2 Millionen m³ und die stündliche Bereitstellungsmenge ca. 8.000 m³ beträgt.

Die aus der erhöhten Leistungsbereitstellung resultierenden Mehraufwendungen für den Jahresleistungspreis in der Höhe von rund S 900.000,-- (excl. USt) werden über den Mehrabsatz an Erdgas (voraussichtlich rund 800.000 m³ für 1996) gedeckt und sind somit in der laufenden Gebarung des Teilbetriebs Gaswerk enthalten.

Herr Bürgermeister, ich darf bitten, die Diskussion zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich unterbreche die Sitzung für 10 Minuten.

PAUSE VON 16.21 BIS 16.35 UHR.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Die Herren Schloßgangl und Holub sind noch nicht da, ziehen wir einen anderen Antrag vor?

Stadtrat Karl Holub trifft um 16.37 Uhr ein.

Ich begrüße herzlich den Herrn Stadtrat Holub und erteile ihm gleich das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

Ich bitte, mein zu bald vor dem Sitzungsende zu kommen zu entschuldigen. Beim besten Willen, es war nicht möglich, noch später zu kommen. Zum ersten habe ich ihnen die Zustimmung zur Bürgermeisterverfügung abzubitten, die die Fortsetzung der nach dem Konkurs der Firma Hamberger ins Stocken geratenden Umbaumaßnahmen im Objekt Hanuschstraße zum Inhalt haben. Der Antrag lautet:

14. BauH-143/94 Alten- u. Pflegeheim Tabor; Konkurs Fa. Hamberger;

Schwesternstützpunkte; Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 5. März 1996, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 49 (7) des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Hochbau vom 5. 3.1996 wird der Fortführung von noch ausstehenden Lieferungen und Leistungen im Zusammenhang mit der Adaptierung der Schwesternstützpunkte sowie von Instandsetzungsarbeiten im Alten- und Pflegeheim Tabor durch die Fa. Held & Francke zum Preis von S 604.580,80 zugestimmt.

Ich bitte sie um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Selbst wenn der Kollege Payrleithner - glaube ich, war es - gemeint hat, ich könnte schon wieder gehen, nein, Irrtum, einen habe ich noch. Er lautet:

15. Fin-225/95 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 1996.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 11. März 1996 wird dem Tourismusverband Steyr für das Budgetjahr 1996 eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von S 1,400.000,-- für den laufenden Betrieb gewährt.

Für den genannten Zweck wird eine Mittelfreigabe im Ausmaß von S 1,400.000,-- bei der VAST. 1/7710/757000.0 bewilligt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird auch nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke dem Kollegen Stadtrat Holub. Ist der Stadtrat Holub bereit und in der Lage, die Anträge des Kollegen Schloßgangl vorzutragen?

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB ANSTELLE VON STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine Damen und Herren, wir sind nicht in comedy capers. Genau aus diesem Grund habe ich namens und im Auftrag des Herrn Kollegen Stadtrat Kommerzialrat Ing. Schloßgangl folgenden Antrag:

16. Bau3-27/93 Bau6-28/93 Baumaßnahmen Christkindlsiedlung; Antrag um Vergabe von Nachträgen und Auftragsenerweiterung NS 10 - Aschacher Straße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 16. September 1993 wurde der ARGE Kanal Christkindlsiedlung (Fa. Ilbau) der Auftrag für die Errichtung der Kanalisation Christkindlsiedlung, sowie die damit verbundenen Straßenbau- und Beleuchtungsbauarbeiten zum Preis von S 35,447.868,18 erteilt.

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 27. Februar 1996 wird nunmehr der Vergabe der folgenden Leistungen an die:

A - Firma Ilbau

Neubau NK Aschacherstr. 10

S 300.000,-- excl. MWSt

Mehrkosten für Nachtrags- und Austauschangebote

S 199.788,-- excl. MWSt

in Höhe von

S 499.788,-- excl. MWSt

B - Stadtwerke Steyr

Umlegung der Erdgasleitung Lohnsiedelstraße in Höhe von

S 16.600,-- excl. MWSt

zugestimmt.

Die Gesamtvergabesumme an die Firma Ilbau erhöht sich somit von S 36.503.976,34 auf **S 37.003.764,34.**

Die erforderlichen Mittel sind im Voranschlag 1996 bei VSt. 5/8110/050200.3 (Kanalbau Christkindlsiedlung) und VSt. 5/6120/002220.1 (Straßenbau) vorgesehen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung. Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl trifft um 16.42 Uhr ein.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ein wenig beklommen macht mich der nächste Antrag, weil ich nicht mit ganzem Herzen selbst mit dem ganzen Bauverfahren einhergehe. Nachdem ich es aber namens und im Auftrag vom Kollegen Schloßgangl nicht tun muß, weil er soeben gekommen ist

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag Nummer 16) ...

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Also, daß so schnell gearbeitet wird in dem Gemeinderat, ist mir noch nie passiert, muß ich sagen.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Antrag Nr. 16 ...

ZWISCHENRUF:

Antrag Nr. 17!!!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ihr wisst ja nicht, was ich sagen will! Der Antrag Nr. 16 aus deinem Ressort wurde bereits von deinem Kollegen Holub vorgetragen. Du bist jetzt bei Nr. 17. Wie ihr das mit der Gage ausmacht, ist eure Überlegung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich bedanke mich auf jeden Fall bei meinem Kollegen und stelle den Antrag Nr. 17 vor. Es geht um

das Kommunalzentrum. Wie sie wissen, hat es ein Insolvenzverfahren der Firma Enerco gegeben und es sollen die Fertigstellungsarbeiten für die Regelungstechnik vergeben werden. Der Antrag lautet:

17. Bau5-201/93 Baustelle Kommunalzentrum; Insolvenzverfahren Firma Enerco, Steyr; Fertigstellung der Arbeiten für die Regelungstechnik.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 13. 3. 1996 wird der Beauftragung für die Lieferungen und Leistungen zur Fertigstellung der Regelungstechnik an die Firma Mitterhuemer, Steyr, zum Preis von S 823.916,27 zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel wurden bereits mit Stadtsenatsbeschluß vom 20. 4. 1995 und Gemeinderatsbeschluß vom 27. 4. 1995 bzw. Stadtsenatsbeschluß vom 1. 2. 1996 und Gemeinderatsbeschluß vom 7. 3. 1996 unter VSt. 5/0290/010100.2 freigegeben. Die Mehrkosten sind von dem mit Stadtsenatsbeschluß vom 1. 2. 1996 und Gemeinderatsbeschluß vom 7. 3. 1996 vergebenen und freigegebenen Mittelansatz für den GB VII unter vorzitiertem VSt. zu tragen, wonach u. a. Fremdleistungen von Spezialfirmen zugekauft werden können.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich darf fragen, ob jemand das Wort wünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nein. Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei meinem zweiten und insgesamt letzten Antrag geht es um die Straßenbenennung „Sandmayr“. Der Antrag lautet:

18. Ges-15/95 Straßenbenennung „Sandmayr“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Baurechtsangelegenheiten vom 2. Oktober 1995 erhalten die Aufschließungsstraßen im Bereich der Eigentumswohnanlage „Sandmayr-Christkindl“ folgende Bezeichnungen:

Die neuerrichtete Siedlungsstraße nördlich der Sandbauernstraße, im Lageplan der FA Planung blau lasiert ausgewiesen,

Robert Musil-Straße,

die im Lageplan nördlich davon liegende, gelb eingetragene Aufschließungsstraße

Dr. Josef Ender-Straße

sowie die Aufschließungsstraße im Hofergraben, im Lageplan rot lasiert ausgewiesen,

Hofergraben.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Dr. Schwager, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Vorweg: Wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen. Es ist mehr als günstig, wenn wir Straßenbezeichnungen wählen, die üblichen Flurbezeichnungen entsprechen bzw. überhaupt geographischen Gemeinbezeichnungen entsprechen, wie z. B. Hofergraben. Unter Hofergraben stellt sich in Steyr jeder etwas vor, es weiß jeder, wo das ist. Wenn wir daher eine Straße, die diesen Graben entlanggeführt hat bzw. der Grabensohle entlangführt, so nennen, so entspricht das durchaus - meines Erachtens - einer Tradition, die fortgesetzt gehört. Dr. Josef Ender, da kann man nur sagen, wer kennt seinen Namen nicht? Ich hatte einmal jemanden Bekannten in Monfalcone in der Unfallchirurgie zu besuchen, dem wurde auch dort

ein Ender - bzw. gleich drei Ender-Nägel eingeschlagen in eine komplizierte Oberschenkelhalsfraktur, die früher - in dem Alter überhaupt - über 70 eigentlich ein glattes Todesurteil gewesen wäre. Dr. Josef Ender ist ein derartig verdienter Mediziner aus Steyr, daß wir sehr wohl einen Straßenzug nach ihm benennen sollten. Der Bezug zu Robert Musil ist etwas weit hergeholt, aber dennoch ist er ein bekannter - na, wie man sagt - Literat, sodaß man auch ihm einen Straßenzug widmen soll. Nur eines, jetzt nicht als Kritik, sondern als Anregung für später: Ich könnte mir vorstellen, daß wir uns bei der Gruppierung von Straßennamen ähnlich verhalten sollten, wie man das zum Beispiel einmal in München gemacht hat, das heißt, in einem gewissen Viertel zum Beispiel Literaten, in einem gewissen Viertel zum Beispiel Musiker. Oder Blumen, von mir aus, das ist mir gleich. Aber jedenfalls so, daß man ungefähr weiß, wenn man einen Namen hört, wo das sein kann. Das heißt, ich kann nämlich schon zuordnen. Wenn ich heute - was weiß ich - „Diamantenstraße“ höre - die gibt es sogar irgendwo da unten, glaube ich -, weiß ich, das kann nur in dem Bereich 4407 sein. Ich finde es gar nicht so schlecht, wenn man sich da vielleicht den Kopf zerbricht. Noch einmal: Das ist nicht als Kritik gesagt, sondern als Anregung. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine. Wird ein Schlußwort gewünscht, Herr Referent? Keines, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke dem Kollegen Schloßgangl. Nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Ing. Spanring. Ich erteile ihm das

Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem Antrag geht es um das Ersuchen der Personalvertretung des Magistrates Steyr an die Stadt um Gewährung einer Subvention zur Durchführung der umfangreichen Personalbetreuungsaufgaben. Im Rahmen dieser Betreuungsaufgaben werden unter anderem Betriebsausflüge und kulturelle Veranstaltungen organisiert, die den Bediensteten zugute kommen. Für die Kinder der Magistratsbediensteten wird jährlich sowohl eine Weihnachtsfeier als auch eine Kinderferienaktion in Radstatt durchgeführt. Dem schriftlichen Ansuchen wurde zur Darlegung der widmungsgemäßen Verwendung der Subvention 1995 eine Aufstellung beigegeben, aus der die Ausgaben nach Verwendungszweck ersichtlich sind. Die Gesamtaufwendungen für Personalbetreuungsmaßnahmen beliefen sich im Jahre 1995 auf S 1.476.581,66. Der Antrag lautet:

19. Fin-66/96 Subvention z. Durchführung der Personalbetreuung 1996.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 28. März 1996 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuung im Jahr 1996 eine Subvention von insgesamt S 400.000,-- gewährt. Diese Subvention wird in einem unmittelbar nach Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr zur Auszahlung gebracht.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 400.000,-- bei der VA-Stelle 1/0940/757000.0 freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Spöck, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Die Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung in Höhe von S 400.000,-- ist bei einem Personalstand von rund 900 Mitarbeitern angemessen. In Zeiten der Sparsamkeit glaube ich, muß aber auch hier überprüft werden, ob diese Höhe in Zeiten der Sparsamkeit gerechtfertigt ist unter Berücksichtigung des Gehaltsschemas, das hier im Haus herrscht, das ja auch im Vergleich zu den anderen öffentlichen Bediensteten eher am oberen Limit liegt. Ich habe in der Vergangenheit schon des öfteren bei diversen Anlässen auf die Vergleiche mit den Bundesbediensteten hingewiesen, wo vor 1-2 Jahren noch gesprochen wurde von Unterschieden bei einem B-Bediensteten mit etwa 25 Dienstjahren von monatlich S 8.000,--. Mittlerweile ist dieser Unterschied S 12.000,-- bis S 18.000,-- netto pro Monat, trotz Besoldungsreform, die beim Bund gekommen ist. Ich glaube, aufgrund dieses Gehaltsschemas erscheint eine Kürzung vertretbar. Ich erlaube mir daher, einen Abänderungsantrag, der eine Kürzung auf S 200.000,-- vorsieht, einzubringen mit der Bitte um Unterstützung bei den anderen

Fraktionen bzw. ersuche ich hier auch von diesem Platze aus um Verständnis bei den Mitarbeitern des Hauses. Ich darf daher folgenden Abänderungsantrag bringen:

Abänderungsantrag zum Antrag zur Durchführung der Personalbetreuung 1996. Gem. § 42 Pkt. 8 des Stadtstatutes in Verbindung mit § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird folgender Abänderungsantrag zum in Behandlung befindlichen Sachantrag gestellt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die im Antrag vorgesehene Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung ist auf S 200.000,-- zu kürzen.

Ich darf diesen Antrag dem Herrn Bürgermeister überreichen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich übernehme diesen Antrag. Er steht in der weiteren Debatte mit in Behandlung. Zunächst zu Wort gemeldet ist der Herr Gemeinderat Schwager, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, lieber Kollege Spöck! Ich muß sagen, der Abänderungsantrag stimmt mich fast froh. Ich kann nämlich sagen, Gott sei Dank haben wir ihn nicht eingebracht, denn wäre dem so, dann wäre er populistisch. Ich denke jetzt nur an einen Leserbrief in der Steyrer Zeitung, wo wir versucht haben, bei der Parteifinanzierung eine Kostensenkung um 30 % herbeizuführen. Das ist niedergestimmt worden. Aber daß man sich dann darüber aufregt, daß wir um 20 % doch zustimmen, weil wir sagen, jede Kostensenkung gehört unterstützt, das haben wir nicht ganz richtig gefunden. Aber sei es, wie es sei. Wir denken ein bisserl anders und werden daher ihrem Abänderungsantrag zustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Gemeinderätin Fuchs, ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN ULRIKE FUCHS:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! In Zeiten wie diesen, wo einerseits das größte Belastungspaket geschnürt wurde und andererseits die Stadt Steyr einen oberösterreichweiten Rekord im Pro-Kopf-Schuldenstand aller 18 politischen Bezirke aufweist, ist es gegenüber dem Steuerzahler nicht vertretbar, daß die Personalvertretung für Betriebsausflüge und andere Veranstaltungen des Magistratsbereiches eine Subvention von S 400.000,-- erhält. BMW, jener Betrieb, dem ich angehöre, zahlt für derartige Maßnahmen keinen Schilling, sondern Freizeittätigkeiten, wie sie im Amtsbericht angeführt sind, werden durch eine Betriebsratsumlage finanziert. Gegenüber dem Steuerzahler sind jedenfalls derartige Ausgaben, wie etwa für Betriebsausflüge und Weihnachtsfeiern der Steyrer Magistratsbediensteten, nicht zu verantworten. Solchen Luxus kann man sich erst dann wieder leisten, wenn die Stadt nicht mehr gezwungen ist,

Millionenkredite für urbane Aufgaben aufzunehmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Bremm, ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Schwager, sie waren ein bisserl voreilig. Der Populismus hat auch vor ihren Reihen nicht halt gemacht und ist auch auf ihre Gruppe alleine nicht beschränkt. Das haben wir auch nie behauptet. Es ist schon sehr eigenartig, wie in diesen Bereichen die Diskussion geführt wird. Ich glaube bzw. man stellt schon fest, wenn heute in der Öffentlichkeit Diskussionen geführt werden, bei denen Betriebe angeführt werden, wo tausende Mitarbeiter freigesetzt werden und die Sozialquote, gemessen an den Personalkosten - was hier an freiwilligen Sozialleistungen bezahlt wird - dementsprechend gekürzt wird, dann stellt man bei Aktiengesellschaften fest, daß auf einmal die Aktien in die Höhe schnellen. Sie bekommen also auf einmal wesentlich mehr Attraktivität gegenüber Interessenten. Diese Diskussion setzt sich in Wirklichkeit fort und ich glaube, es ist auch sehr bezeichnend für unsere Zeit, wie wir mit Leistungen für Dienstnehmer, für Beschäftigte, umgehen. Wenn wir heute den Antrag vor uns haben, wo S 400.000,- für Personalbetreuung - oder anders gesagt, würde ich sagen, wenn wir als Stadt Steyr S 400.000,- an Sozialleistungen für unsere Beschäftigten beschließen sollen und wir das hier in Vergleich mit Parteienfinanzierung oder Sparpaket bringen, dann ist das - glaube ich - sicherlich nicht angebracht. Wenn wir die S 400.000,- gemessen an den Personalkosten dieses Hauses sehen, bewegt sich dieser Betrag im Promillbereich. Eines kann man schon sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, nämlich daß jedes durchschnittlich geführte Unternehmen für seine Beschäftigten auch in diesem Bereich dementsprechende Beträge zur Verfügung stellt. Wenn ich den Straßer Franz sehe, ich habe ja die Gelegenheit gehabt, bei den Ennskraftwerken bei einer Versammlung dabeizusein, und es freut mich als Gewerkschafter, daß hier ein Bereich ist, wo auch dementsprechende Leistungen für die Beschäftigten

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT GERHARD BREMM:

Franzl, hast du das gehört? Es ist eh kein Vorbild! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten das überlegen, gerade in der Phase, in der sich die Stadt Steyr befindet, in der wir im vergangenen Jahr von den Beschäftigten Einsparungen im Personalbereich von über 20 Millionen Schilling verlangt haben und in der diese Einsparungen auch erbracht wurden. Auch bei den heurigen Budgetverhandlungen haben wir die Latte dementsprechend hoch gelegt und auch hier wieder die Forderung gestellt und das Ziel gesetzt, daß über 20 Millionen Schilling im Bereich des Personals eingespart werden sollen. Ich finde nicht richtig, daß die Rechnung dafür jetzt diese ist, daß wir in diesem Bereich, der wirklich für die Finanzen der Stadt Steyr nicht entscheidend ist, jetzt - wie der Antrag vom Kollegen Spöck gestellt wurde - von 400.000 Schilling auf 200.000 Schilling reduzieren. Ich glaube, hier reden wir von Summen, die wirklich für die finanzielle Situation in der Stadt Steyr nicht entscheidend sind. Aber eines ist sehr wohl entscheidend, nämlich wenn wir die Leistung für die Beschäftigten in diesem Bereich immer wieder in Frage stellen und gleichzeitig

wollen wir eine dementsprechende Motivation. Zu demselben Zeitpunkt verlangen wir von den Beschäftigten dieses Hauses eine bessere Motivation, wir verlangen eine höhere Anspannung, die sich in dementsprechenden Leistungssteigerungen niederschlägt. Es ist wirklich unverständlich, wenn es unser politischer Wille ist, wenn wir bei den Aktivitäten, die damit bezahlt werden, als erstes einsparen. Ich muß ehrlich sagen, ich bin schon sehr schockiert darüber, wenn wir bei den Kinderweihnachtsfeiern der Kinder unserer Magistratsbeschäftigten an den Schrauben drehen wollen, wenn wir bei Betriebsausflügen, die auch einen sehr sozialen Charakter und für die Kommunion und für die Kameradschaft eine große Bedeutung haben, an diesen Rädchen drehen wollen und wenn wir die Kinderferienaktion in Frage stellen. Wenn wir die Beträge reduzieren, stellen wir diese Leistungen natürlich alle in Frage, das muß uns doch klar sein! Wer soll das denn bezahlen! Es ist nicht möglich, wir können nicht sagen, wir nehmen den Betrag als Stadt Steyr weg und irgendjemand anderer soll es zahlen! Das ist schon sehr opportun, das so darzustellen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, wenn wir den Betrag dementsprechend kürzen oder keinen Betrag zur Auszahlung bringen, daß diese Leistungen auch dementsprechend zurückgenommen werden müssen. Darüber hinaus betrifft das auch den Pensionistenbereich - diese werden auch mitbetreut -, die Mitgliederbetreuung, Krankenhausbesuche und diverse andere Sachen. Für mich ist es wirklich sehr unverständlich und ich kann nur das Wort wiederholen, das der Herr Dr. Tilman Schwager gesagt hat: Es ist schon etwas populistisch, wenn man eine solche Reduzierung vornimmt. Eines ist auch noch hinzuzufügen: Es ist nicht so, daß in diesem Bereich nichts geschehen ist. Es hat dieser Betrag noch vor einigen Jahren 500.000 Schilling betragen, im vergangenen Jahr waren es 450.000 Schilling und im heurigen Jahr sollen es 400.000 Schilling sein. Es ist also nicht so, daß nicht hier auch Bereitschaft und ein Beitrag zum Sparen beinhaltet ist. Ich kann wirklich nur an alle Arbeitnehmer in diesem Kreise appellieren, an alle Arbeitnehmer. Von den anderen erwarte ich es nicht, muß ich ehrlich sagen. So fair bin ich, denn da habe ich ein gewisses Verständnis. Wir stehen auf einer anderen Seite als die in den Arbeitgeberfunktionen. Aber alle, die in Arbeitnehmerfunktion da herinnen vertreten sind - und Frau Kollegin Fuchs, wenn sie sagen, bei BMW gibt es nichts, dann erzählen sie das bitte unter dem Wasser. Denn das ist ja wohl das Ärgste, was ich jemals gehört habe, daß BMW nichts bezahlt. Das kann man doch ständig in den Zeitungen verfolgen, Betriebspensionen und etc., was immer es alles da gibt. Tun sie nicht so

ZWISCHENRUF GEMEINDERÄTIN ULRIKE FUCHS:

Aber nicht auf Kosten der Steuerzahler!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Tun sie nicht so, als ob dort nichts derartiges wäre!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben 31 Millionen Schilling beschlossen für BMW, Frau Kollegin. 31 Millionen, das fällt dem Steuerzahler schon zu Lasten!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Da ist die Belegschaftsvertretung von BMW viel zu erfolgreich, als daß hier nichts geschehen wäre,

und der Betriebserfolg auch. Und was der Herr Bürgermeister hier angeschnitten hat, ist auch eine Tatsache. Ich kann wirklich nur an alle Arbeitnehmer appellieren, daß sie dem Antrag - wie er angeführt ist - ihre Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Eine weitere Wortmeldung liegt vor, Kollege Gollatsch bitte.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Werter Gemeinderat! Lieber Gerhard, du hast von 2 Paar Schuhen geredet. Wir sprechen hier nicht von Leistungen der Stadt für ihre Bediensteten, sondern hier handelt es sich - und es steht hier im Amtsbericht links oben - um eine Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung 1996. Es ist aber keine Subvention zur Durchführung der Personalvertretung 1996 durch das Magistrat/Personalbetreuung, sondern es ist eine Subvention für die Personalbetreuung durch die Personalvertretung. Bitte, haltet das einmal auseinander! Die Personalvertretung ist nicht das Magistrat. Und zum Bund möchte ich sagen: Der Bund selbst kürzt derzeit Belohnungen und Vorschüsse - Gehaltsvorschüsse - um 50 %.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich würde jetzt bitten, daß vielleicht hier Aufklärung stattfindet. Es ist mir nicht ganz klar - in Anspielung auf die Wortmeldung vom Kollegen Gollatsch -, wie diese Gelder jetzt tatsächlich verwendet werden. Ich war schon der Meinung und habe auch durchaus Verständnis dafür, daß diese Gelder, die da heute beschlossen werden oder nicht - oder in der Vergangenheit immer beschlossen wurden - für Kultur- und Sportveranstaltungen etc., also tatsächlich für die Beschäftigten und deren Familien ausgegeben werden. Dafür habe ich durchaus auch Verständnis. Das erweckt aber jetzt eher den Eindruck, als ob irgendwelche sozialistischen Betriebsrats- oder Gewerkschaftsfunktionäre des Magistrates mit Geldern bedacht werden sollen. Dagegen würde ich mich selbstverständlich auch nicht nur verwehren, sondern auch dagegen stimmen. Wenn man diese Geschichte vielleicht aufklären könnte, wäre das auch im Interesse der Sache. Angeblich hat ja der Magistrat etwas andere Personalvertretungsstatuten wie wir in der Privatwirtschaft. Die Personalvertretung selbst wird nach ganz anderen Kriterien und Statuten gewählt. Das wäre - glaube ich -, Herr Bürgermeister, ganz interessant, was da jetzt tatsächlich mit diesem Geld geschieht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Die Kollegin Weixlberger, dann noch einmal der Kollege Bremm. Ich glaube, er hat auf das schon sehr ausführlich hingewiesen, was damit geschieht.

GEMEINDERÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich glaube, es ist uns allen bewußt, daß wir politische Verantwortung tragen und die Magistrats-bediensetzten diese Beschlüsse umsetzen zum Wohle der Bürger der Stadt Steyr, sei es jetzt die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, die Betreuung unserer älteren Bewohner im Altenheim, oder seien es die Aufgaben, die im Standesamt zu erledigen sind. Es gibt sicher noch eine ganze Menge an Beispielen, die hier anzuführen sind, aber ich glaube, das brauchen wir hier nicht extra erwähnen. Wenn wir heute über die Auszahlung der Mittel für die Personalbetreuung - und es ist die Personalbetreuung, es ist kein Geld für die Personalvertretung, die Personalvertretung wendet dieses Geld für die Betreuung der Bediensteten und ihrer Familien-angehörigen auf - beschließen, dann soll uns schon bewußt sein, daß wir dies auch unter dem Blickwinkel der Subventionen zu betrachten haben. Wir stehen dazu, daß Sportvereine und andere Organisationen auch Subventionen bekommen, beachtliche Subventionen für Sportvereine und andere Hilfsorganisationen. Die nunmehr zum Beschluß stehende Subvention an die Personalvertretung für die Personalbetreuung sollten wir nicht nur aus diesen Gründen beschließen. Gerade im vergangenen Jahr haben die Bediensteten des Magistrates und die Personalvertretung bewiesen, daß die Einsparungsvorgaben, die wir im Budgetgemeinderat beschlossen haben, erfüllt wurden, und sie werden sicherlich auch im Jahr 1996 erfüllt werden. Gegen eines verwehre ich mich: Das so global in den Raum zu stellen, wie die Gehaltsunterschiede in den einzelnen Bereichen ausschauen. Fairerweise muß man vergleichbare Arbeitsplätze gegenüberstellen, diese Arbeitsplätze den Bewertungen gegenüberstellen, dann kann ich von Gehaltsunterschieden reden, aber nicht global in den Raum stellen, es gibt Nettogehaltsunterschiede zwischen 8.000 und 12.000 Schilling. Sehen wir unsere Zustimmung zu diesem vorliegenden Subventionsantrag - den Abänderungsantrag lehne ich persönlich sicherlich ab - auch als Motivation für die Magistratsbediensteten, im laufenden Jahr bei gleichbleibenden Aufgaben und weniger Personal unsere Budget-vorgaben wieder zu erledigen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Bremm ist zum zweiten Mal gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur zu den Worten des Kollegen Gollatsch „Wofür wird das Geld genommen? Es wird die Belegschaftsvertretung oder - wie es im öffentlichen Dienst heißt - die Personalvertretung gesponsert,“ noch etwas sagen. Ich glaube, wenn das so wäre, dann gäbe ich dir recht, Richard. Das ist aber nicht so! Eines ist natürlich ganz klar und das ist auch der Auftrag der Personalvertretung oder der Belegschaftsvertretung, wie dies bei den ASVG-lern heißt -, daß sie diese soziale Betreuung der Beschäftigten übernehmen und zu übernehmen haben, daß sie in diesem Bereich tätig sind. Das ist auch unser gesetzlicher Auftrag, der niedergeschrieben ist. Daß wir nicht zu erwarten haben, daß der Arbeitgeber die Kinderweihnachtsfeiernaktion durchführt, daß nicht der Arbeitgeber andere der Gemeinschaft dienende Veranstaltungen für den Personalbereich durchführt, das ist eine ganz klare Sache für mich. Das stört mich auch nicht im geringsten und das kritisiere ich nicht im geringsten. Sondern das ist einfach die Aufgabe der Personalvertretung. Daß der Arbeitgeber für die Betreuung seiner Beschäftigten auch einen Beitrag leisten soll, ist - glaube ich - das Legitimste, was man in unserer Gesellschaft verlangen kann. Und wie ich schon vorher erwähnt habe - es ist so, Karl Holub -, es gibt fast keinen Betrieb, der nicht in irgendeiner Form seinen Beschäftigten irgendetwas zukommen läßt. Das geht von der

Schlosserwerkstatt - wo man den Bediensteten mit seinem Auto und anderen hineinfahren läßt und er dort etwas herrichten kann - bis hin in anderen Bereiche, wo es andere Leistungen gibt, immer nach den Möglichkeiten. Über den Daumen gepeilt ist das bei einem durchschnittlichen Unternehmen ein Betrag von 1 Prozent, was es so an Sozialquote für seine Beschäftigten übrig hat. Bei etlichem über 1 Prozent ist es ein gutes Unternehmen, aber rund um ein Prozent ist heute gang und gäbe. Das ist üblich und nicht übertrieben. Da kann man nicht von Privilegien reden!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Die Personalvertretung ist nicht das Unternehmen Magistrat!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es ist nicht so, daß die Personalvertretung dieses Geld für sich verwendet, sondern die Personalvertretung übernimmt soziale Aufgaben, die auch finanzielle Mittel notwendig machen. Wenn es vielleicht zu wenig deutlich gekommen ist: Die Kinderweihnachtsfeiern haben mit der Personalvertretung selbst nichts zu tun, nur machen diese die Arbeit und führen sie durch. Aber die Arbeit steht ihnen ja auch zu und sie sind auch verpflichtet, in diesem Bereich tätig zu sein. Damit Betriebsausflüge durchgeführt werden, wird man sicher nicht verlangen können, daß der Magistratsdirektor Betriebsausflüge organisiert. Das wäre schon sehr übertrieben. Das ist die Aufgabe der Personalvertretung und hier sind auch finanzielle Zuschüsse vorgesehen. Die Kinderferienaktion - ich habe es vorher schon heruntergebetet -: Diese Leistungen bzw. diese Aktivitäten, für die der Geldbetrag aufgenommen und gebraucht bzw. verbraucht wird, damit hat die Personalvertretung überhaupt nichts zu tun, sondern sie sind nur die durchführende Organisation. Ich kann wirklich nur noch einmal appellieren, hier dem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weiters zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Brandstötter. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, wenn man den Amtsbericht gelesen hat, dann weiß man, daß man in den letzten 2 Jahren 20 Prozent dieser Subvention gekürzt hat. Wenn man bei sehr vielen im letzten Jahr die Subventionen um 10 Prozent gekürzt hat, ist das - glaube ich - eine gerechte Art, auch hier zu kürzen. Aber eines kann ich mir nicht vorstellen, nämlich hier eine Kürzung um 50 Prozent vorzunehmen. Wenn man bedenkt, daß traditionsreiche Betriebe und auch Betriebe, die neu entstanden sind und eine gewisse Größenordnung haben, für ihr gutes Klima, für ihre Kameradschaft zum Arbeitgeber ihren Obulus leisten - einen finanziellen Zuschuß leisten -, um einfach in dieser Größenordnung, wo Betriebe so angesiedelt sind, bewerkstelligen zu können, daß die Leute zufrieden sind und an ihrem Arbeitsplatz arbeiten, wo sehr viele ja isoliert sind, dann sehe ich das beim Magistrat genauso. 1000 Leute, die hier im Hause beschäftigt sind, zum Teil sehr dezentral und nicht zentral sind, dann sollte man ihnen die Möglichkeit geben, sich hier zu treffen. Das ist halt leider Gottes - oder wie immer das ist, vielleicht auch Gott sei Dank - auch mit Geld verbunden und das sollte man auch haben, um es dafür auszugeben. Man kann es nicht nur so machen, daß man bei Feiern oder gesellschaftsfähigen

Anlässen sagt, jetzt soll die Personalvertretung ihre Freizeit opfern und vielleicht von ihrem privaten Geldbörstel auch noch Geld hergeben. Das sehe ich nicht ein. Dazu sind wir - glaube ich - gemeinsam aufgerufen. Alle Fraktionen herinnen wollen - so glaube ich - ein gutes Klima mit ihren Beamten und ihren Angestellten in diesem Hause haben. Ich glaube, dann sind sie auch berechtigt, auch hier ihren Teil - nicht nur in körperlicher und geistiger, sondern auch in finanzieller Hinsicht - zu leisten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Geschäftsordnung: Aufgrund der neuen Situation wollen wir das 5 Minuten in unserer Fraktion besprechen. Ich ersuche um eine Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr. Diesen Antrag muß ich zur Abstimmung bringen. Wer dafür ist, daß wir diese Unterbrechung jetzt durchführen, den möchte ich bitten, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Einstimmig wurde beschlossen, die Sitzung ist für 5 Minuten unterbrochen.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 17.20 BIS 17.27 UHR.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich darf fragen, ob jemand nach dieser Beratungsphase eine Erklärung abzugeben wünscht oder ob wir gleich zur Abstimmung schreiten? Schlußwort wird gewünscht. Bitte, Herr Referent.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, Kolleginnen und Kollegen! Sehr viel wurde in den letzten Minuten gesprochen, aufgeworfen und auch verlesen. Eines - glaube ich - ist sicherlich richtig, daß die Personalvertretung als Personal das Geld sicherlich nicht bekommt, sondern daß das Geld das Personal des Magistrates Steyr - in welcher Form auch immer - bekommt, über die Personalvertretung. Ich nehme nicht an, daß man - wie bereits gesprochen wurde - dem Magistratsdirektor oder anderen Geschäftsführern von ihrer kostbaren Zeit etwas abwickelt, damit sie Veranstaltungen für die Magistratsbediensteten durchführen und organisieren. Ich glaube, dazu sind sie viel zu hoch eingestuft und viel zu hoch bezahlt. Das ist das eine. Sie wären zu hoch bezahlt,

wenn sie das machen müßten! Lieber Kollege Holub, ich meine das ganz ernst! Wenn man das Sparpaket betrachtet, ist es richtig, es ist eine Belastung für alle, auch für die 1000 Magistratsbediensteten. Die Aktivitäten, die man setzt - sie sind zum Teil vorgelesen worden -, sehe ich auch ein bisserl als Dank an die Mitarbeiter. Als Dank vom Dienstgeber, vom Arbeitgeber, an seine Bediensteten und an deren Familien. Wenn ich an sich ein bisserl zurückdenke, was als Dank bis jetzt von den Magistrats-bediensteten eingefordert wurde - 23 Millionen 1995, 20 Millionen 1996, eine Lohnerhöhung - jetzt abgeschlossen - in der Höhe von S 300,-- pro Monat, wenn man die S 2.700,-- Einmalzahlung aufrechnet, nächstes Jahr S 3.600,-- als Einmalzahlung, 1998 neue Lohnverhandlungen auf Basis 1995 -, dann denke ich schon, daß einiges an finanziellen Opfern von den Magistratsbediensteten verlangt wurde und verlangt wird. Ich glaube, daß bei diesen Aufwendungen, die hier für die Personalbetreuung - für die Betreuung der Kinder, der Pensionisten, für kulturelle Zuwendungen, für sportliche Zuwendungen - aufgebracht werden, ein Betrag in der Größenordnung, von der wir hier reden - von 400.000 Schilling, schon gekürzt um 100.000 Schilling - durchaus angemessen erscheint und daß wir ihn für die Bediensteten als kleines Dankeschön für ihre Tätigkeit und Leistung im Dienste der Stadt, im Dienste der Bürger, beschließen können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen. Wer dem die Zustimmung gibt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. 16 Stimmen dafür (9 F, 7 VP). Wer ist gegen diesen Antrag? 15 Gegenstimmen (14 SP, 1 GAL).

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Einspruch, Herr Bürgermeister, zur Geschäftsordnung: Ich habe 17 Stimmen zuerst bei der ersten Abstimmung gezählt. Ich beantrage, daß noch einmal gezählt wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

16 sind es!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es stimmt. Ich ziehe zurück!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer übt Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (GAL). Das heißt, der Abänderungsantrag ist mit Mehrheit angenommen. Nein, falsch, Entschuldigung. Es herrscht Stimmengleichheit. Richtig, da muß ich mich korrigieren. Die Stimmenthaltung zählt dagegen. Daher lasse ich jetzt über den Hauptantrag abstimmen. Wer für den Hauptantrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. 15 Stimmen dafür (14 SP, 1 GAL). Wer ist gegen den Hauptantrag? 8 Gegenstimmen (F). Wer übt Stimmenthaltung? 9 Stimmenthaltungen (1 F, 7 VP, 1 GAL). Auch der Hauptantrag ist abgelehnt. Nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Tatzreiter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrtes Präsidium! In meinem Antrag geht es um das Grundstück 46/5

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte um Aufmerksamkeit, wir sind beim letzten Tagesordnungspunkt!

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

... und es geht um die Einräumung einer Option an die Firma Braunsberger. Die Firma Braunsberger benützt dieses Grundstück als Abstellplatz bzw. als Parkplatz für ihre Mitarbeiter oder Angestellten zu einem Benutzungsentgelt von S 877,40 excl. USt jährlicher Beitrag. Es wird seitens dieser Firma gebeten, eine Kaufoption bei einem Kaufpreis von S 1.500,-- je Quadratmeter, das sind gesamt S 1.027.500,--, einzuräumen. Der Antrag lautet:

20. ÖAG-11/96 Grundstück 46/5, KG Steyr; Firma Braunsberger; Einräumung einer Option.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 5. März 1996 wird der Firma Braunsberger, Steyr, Pachergasse 17, eine Option zum Erwerb des Grundstückes 46/5, KG Steyr, im bücherlichen Ausmaß von 685 m² bis längstens 15. 8. 1996 eingeräumt. Für den Fall der Ausübung der Option hat die Firma Braunsberger das genannten Grundstück zum Kaufpreis von S 1.500,-- je Quadratmeter, insgesamt daher um den Kaufpreis von S 1.027.500,-- zu erwerben.

Ich bitte, dem Antrag die Zustimmung zu geben. Wenn es nicht zu dem Kaufabschluß kommen würde, den die Firma Braunsberger beabsichtigt, dann steht noch immer diese Firma Heim & Haus ebenfalls als Kaufwerber zur Debatte. Ich bitte hier, diese Option der Firma Braunsberger vorerst einmal einzuräumen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer dieser Optionsgewährung die Zustimmung gibt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Wir kommen zur Aktuellen Stunde. Wer wünscht dazu das Wort? SPÖ-Fraktion? Kein Thema. FPÖ-Fraktion? Bitte, Herr Kollege Payrleithner für F.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Am Montag, den 22. April, beginnt in Oberösterreich die sogenannte Mitgliederbefragung für über 500.000 Arbeitnehmer, auch in der Stadt Steyr für einige tausend Arbeitnehmer. Sie ist in den Steyrer Großbetrieben für 1 Woche angesetzt. Die politischen Meinungen zu dieser Mitgliederbefragungen sind ja - so nehme ich zumindest an - allen bekannt. Wir lehnen diese aus unserer Sicht vollkommen unnötige Mitgliederbefragung aus mehreren Gründen, auf die ich jetzt nicht eingehen muß, ab, weil sie unserer Meinung nach in erster Linie eine gewaltige Geldverschwendung darstellt und in der Konsequenz zu nichts führen kann, weil derartige Dinge nur im Parlament behandelt und beschlossen werden können und nicht in Form einer Mitgliederbefragung. Und auch die Mitgliederbefragung selber erfaßt ja nicht den Kern des Themas, nämlich die Frage nach der Pflichtmitgliedschaft, sondern eine eher diffuse Fragestellung, wie „Sind sie für Beibehaltung der Kammer in der derzeitigen Form, ja oder nein?“, die ja selbstverständlich auch von uns nicht in Frage gestellt wird. Es würde um die Pflichtmitgliedschaft gehen. In diesem Zusammenhang passieren doch auch sehr eigenartige Dinge, nicht nur, daß 25 Millionen Schilling in Oberösterreich für diese wirklich sinnlose Aktion vergeudet werden, die man wirklich in Zeiten wie diesen für wichtigere Dinge einsetzen könnte, zum Beispiel in der Erhaltung von Arbeitsplätzen oder in Infrastrukturmodellen usw. Es ist für uns vollkommen unverständlich, wieso dann der Herr Bürgermeister den Steyrern in teilweise zigfacher Ausfertigung Briefe schickt - ich selbst habe, glaube ich, vier oder fünf Briefe erhalten -, versehen mit dem Stadtwappen, nicht mit dem Y. Ich weiß nicht, ob man das dafür überhaupt verwenden darf als Bürgermeister der Stadt Steyr, bezahlt wird das wahrscheinlich aus den Mitteln der Zwangsbeiträge. Umso berechtigter unsere Kritik an diesem ganzen System, wenn man das für derartige Dinge mißbraucht. Wir stellen uns schon die Frage, wieso der Bürgermeister eigentlich in seiner Funktion derartige, rein parteipolitisch motivierte Aktionen mit seinem Briefkopf mit dem Stadtwappen unterstützt, das ist uns eigentlich nicht klar. Wir verstehen das auch nicht ganz. Teilweise ist uns auch nicht ganz klar, wie das mit dem Datenschutz funktioniert. Es ist zum Beispiel auch an die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion dieses nette Briefchen gelangt. Aber nicht an die offizielle Adresse des Fraktionsbüros, die ich dir gerne bekannt gebe, lieber Herr Bürgermeister, das ist nämlich die Sierninger Straße Nr. 5, sondern an den Steuerberater der Freiheitlichen Bewegung. Ich weiß nicht, wie der Bürgermeister - nachdem es ja du verschickt hast, du bist der Absender - zu der Adresse unseres Steuerberaters kommt. Es wäre auch ganz interessant in diesem Zusammenhang, wie es da wirklich mit dem Datenschutz aussieht. Und eines sollte man vielleicht auch noch sagen: Bei der letzten Gemeinderatssitzung wurde von uns eine Resolution beantragt, die dann unter anderem mit dem Argument abgelehnt wurde, es sei eine Bevormundung der Bürger, Herr Bürgermeister, wenn ich deine Worte noch richtig im Ohr habe. Du unterstellst uns da demokratiepolitisch bedenkliche Aktivitäten. Da frage ich mich aber bitte, was das ist?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich gebe den Vorsitz an die Kollegin Mach ab. Jede Fraktion hat Gelegenheit, zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Ich werde das tun, wenn mir die Kollegin Mach das Wort erteilt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lieber Kollege Payrleithner, dir kann ich folgendes sagen: Eigenartige Dinge, wie du das nennst, geschehen. Ich glaube, daß hier die Dinge überhaupt nicht eigenartig sind, sondern ganz normal ablaufen. Ich möchte daran erinnern, daß ein jahrzehntelanger Kampf durch die Arbeiterbewegung stattgefunden hat, bis es zu einer gesetzlichen Interessensvertretung gekommen ist. Da war vieles vorher notwendig. Da hat auch hier die Bürgerbewegung zuerst den ersten Schritt getan und erreicht, daß es überhaupt einmal eine Koalitionsmöglichkeit gegeben hat. 1867 war das. Dann sind andere Dinge passiert, zum Beispiel das allgemeine Wahlrecht 1907. Dann ist 1919 eine gesetzliche Interessensvertretung für die Arbeiter und Angestellten, für die Arbeitnehmer in diesem Land, installiert worden. 1919, nach dem ersten Weltkrieg, also viel später, als die Handelskammer, der Vorläufer der heutigen Wirtschaftskammer, gegründet wurde. Ich glaube, daß diese gesetzlichen Interessensvertretungen eine äußerst bedeutsame und wichtige Aufgabenstellung erfüllt haben in den abgelaufenen Jahrzehnten, und daß es das legitime Recht ist, solche Institutionen zu gründen aus der jeweiligen Interessenssicht heraus. Ich weiß natürlich, daß die F-Fraktion gegen diese Kammern bzw. die Pflichtmitgliedschaft zu Felde zieht. Natürlich ist das ihr gutes Recht. Sie kann das, sie darf das in diesem demokratischen Gemeinwesen in der Republik Österreich. Aber natürlich kann die F eines nicht und das würde ich mir auch verbitten. Sie kann nicht verlangen, daß in so einer wichtigen Frage der Herrmann Leithenmayr, nur weil er gerade Bürgermeister ist, plötzlich unparteiisch ist. Das kommt mir ja überhaupt nicht in den Sinn. Ich halte diese Einrichtung für die Arbeitnehmer für von sehr großer Bedeutung, bin rund 10 Jahre selbst im Kammervorstand der OÖ. Kammer für Arbeiter und Angestellte gesessen und kann mir wirklich ein Urteil machen, was dort geschehen ist. Und ich möchte doch wirklich sagen, daß die Arbeitnehmer in dieser gesetzlichen Interessensvertretung auch ihren Braintrust haben, daß sie dort Gesetzesbegutachtung durchführen, und daß die Aufgabenstellung der Arbeiterkammer nicht mehr in diesem Umfang denkbar wäre, wenn es so und so viele Trittbrettfahrer gibt, die sich die Beiträge ersparen wollen. Ich sage das ganz deutlich. Ich halte es für wichtig und notwendig, daß diese Einrichtung bestehen bleibt. Ich trete genauso konkret dafür ein, daß es die Wirtschaftskammer gibt. Ich glaube, daß uns diese Einrichtungen viele Auseinandersetzungen erspart haben, wie sie in einer unbefriedigenden Weise zum Beispiel in Ländern wie in Italien oder Großbritannien - das ist ein besonders eklatantes Beispiel - gelaufen sind. Ich glaube, daß es wichtig ist, daß hier in einer vernünftigen und sachlichen Weise durch diese Institutionen Interessensabwägung gemacht wird, daß Schritt für Schritt Verbesserungen erreicht wurden, und daß der Konsens ganz maßgeblich durch diese Institutionen herbeigeführt werden konnte. Das ist meiner Meinung nach auch eines der positiven Geheimnisse der Entwicklung in unserem Heimatland Österreich. Daher werde ich - und lasse mir das von niemandem verbieten - in so einer Situation, wo diese Befragung durchgeführt wird, ganz klar meine Meinung zum Ausdruck bringen. Selbstverständlich verwende ich dazu mein Briefpapier! Nicht alle diese Papiere, die sie hier vorgezeigt und in Händen haben, sondern 2 Exemplare, 2 Bogen Briefpapier aus dem Rathaus sind dazu verwendet worden, als ich diesen Brief geschrieben habe. Das, was dann an die Kammermitglieder ergangen ist, sind Kopien. Ich habe ausdrücklich die AK Oberösterreich autorisiert, diese zur Versendung zu bringen. Zu dem stehe ich, das können sie gerne kontroversiell diskutieren. Aber ich lasse mir hier in einer so wichtigen Frage keinen Maulkorb umhängen, und ich lasse mich nicht in die Position drängen, daß ich mich als Bürgermeister in solch einer Frage sozusagen meiner Meinung enthalten sollte. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit festhalten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Und der Datenschutz? Der Datenschutz ist gar nicht angesprochen worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn sie dazu eine Frage haben, dann bitte ich sie, sich an die Kammer zu wenden. Soweit ich weiß,

bist ja du Kammerrat

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, sie sind Absender dieses Briefes. Und es ist wirklich bedenklich, wenn solche Daten falsch weitergegeben werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Von mir aus sind überhaupt keine Daten irgendwohin weitergegeben worden, sondern ich gehe davon aus, daß die Kammer ihre Angehörigen, ihre Mitglieder, angeschrieben hat. Wenn es da zu Fehlern gekommen ist, dann ist das eine Sache, die ich nicht zu verantworten habe und die ich auch nicht verantworten kann. Ich bin darüber informiert und dazu habe ich die Kammer ausdrücklich autorisiert, an die Mitglieder der Kammer diese meine Aussendung zu versenden. Ich glaube auch, daß auch an die Unternehmer in Steyr diese Aussendung ergangen ist, weil ich glaube, daß es hier zum demokratischen Spiel der Kräfte gehört, daß man eben auch dem Partner eine Interessensvertretung zubilligt. Moderne Unternehmer, erfolgreiche Unternehmer, wissen nämlich, daß sie jemanden brauchen, mit dem sie verhandeln können. Daher hoffe ich auch auf viel Verständnis im Unternehmerlager. Zumal ich die Position vertrete, daß sich natürlich auch die Unternehmer in ihren Interessensorganisationen organisieren können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht von der ÖVP jemand das Wort? Herr Gemeinderat Spöck bitte. Ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Dr. Schwager hat sich auch gemeldet!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es kann nur jeweils einer ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das wird immer sehr unterschiedlich gehandhabt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Normalerweise spricht eine Fraktion ein Thema an und alle anderen nehmen dazu Stellung. Vielleicht können wir da kurz nachschauen, Herr Magistratsdirektor. Hat er eine zusätzliche Wortmeldung, dann bleiben wir in der Reihe. Die zweitgrößte Fraktion ergreift dazu das Wort.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Einer stellt den Antrag und jede Fraktion darf meines Erachtens eine Wortmeldung dazu haben. So sehe ich das. Ich will mich nicht darauf kaprizieren. Ich werde nicht dagegen Beschwerde erheben, wenn es mir entzogen werden sollte. Es ist auch nicht so bitter ernst, was ich zu sagen habe. Ich habe auch meine Wortmeldung nicht deswegen abgegeben, um zu verhindern, daß sie zu dem schönen Wetter hinauskommen. Es ist hier ein gewaltiges Mißverständnis offenbar aufgetaucht, als es der F und mir nicht darum geht - und das bitte ich, vielleicht etwas leiser im Zuhören zu beachten -, die Interessensvertretungen als solche abzuschaffen. Ich bin - wie sie alle - vollkommen davon überzeugt, daß es ohne diese Interessensvertretungen, wie hier eben auch die AK, nicht geht. Ich würde mich gewaltig dagegen wehren, sollte meine Interessensvertretung abgeschafft werden, in der ich zwar auch tätig bin, aber - wie es halt so ist - unentgeltlich tätig bin. Sei es drum. Wie du, Herr Bürgermeister, ganz richtig gesagt hast, es geht uns darum, daß wir natürlich auch zu Gesetzesvorlagen Stellungnahmen abgeben können. Wie das aussieht, ist unheimlich interessant. Es geht oft so, daß man es bekommt und binnen 3 Tagen die Stellungnahme haben sollte. Aber das ist ein anderes Problem. Es geht uns - noch einmal - nicht um die Abschaffung der Interessensvertretungen, sondern es geht uns einfach um die Pflichtmitgliedschaft. Und über die wird man doch die Leute noch fragen dürfen. Ich bin vollkommen überzeugt, daß die Mehrheit der Arbeiterkammermitglieder dafür sein wird. Warum auch nicht.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Soll so sein. Es ist eine demokratische Befragung, da wendet sich niemand dagegen. Aber man wird doch jedem österreichischen, mündigen Bürger freistellen können, ob er sich zwangsverpflichtet läßt, bei einer Organisation zu sein, oder nicht. Ich kann ihnen sagen, bei uns in der Anwaltskammer hat es überhaupt keine Diskussion gegeben. Kein einziger wäre auf die Idee gekommen, dort nicht vertreten sein zu wollen. Wenn natürlich auch manche mit der Tätigkeit nicht unbedingt zufrieden sind. Kammern kosten Geld, da gibt es auch diese Diskussionen in dem Kreise. Was hier Gegenstand der Bemängelung war, ist einfach die Tatsache, daß dieses eine Rundschreiben - ich kenne auch das andere, das an mich als Arbeitgeber gekommen ist -, einerseits ein Informationsblatt der Kammer für Arbeiter und Angestellte ist und auf der anderen Seite - richtigerweise selbstverständlich - die persönliche Meinung des Herrn Bürgermeisters darstellt. Aber das mit dem Stadtwappen zu verbinden, geht - glaube ich - nicht. Denn wenn ich auch eine Funktion in der Stadt habe, kann ich nicht deswegen das Stadtwappen auf meinem persönlichen Briefpapier führen. Aber bitte, das ist eine Auffassungssache. Noch einmal: Ich habe mich vor allem deshalb zu Wort gemeldet, um dieses immer wieder verbreitete Mißverständnis auszuräumen, daß wir uns gegen die Kammern als solche richten. Es geht uns rein um die Pflichtmitgliedschaft. Und wenn sich die Mehrheit der Mitglieder einer Kammer, welcher auch immer, für die Pflichtmitgliedschaft entscheiden sollte, dann ist das eine demokratische Entscheidung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Gabath. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich bekenne mich voll und ganz zur Sozialpartnerschaft und glaube persönlich, daß ich das schon oft genug bewiesen habe. Ich bin für die Pflichtmitgliedschaft bei der Arbeiterkammer, weil eine gesetzliche Vertretung der Dienstnehmer eine unbedingte Notwendigkeit ist in unserem Land, genauso wie ich mich bekannt habe bei der Befragung in der Bundeswirtschaftskammer. Ich habe dort mitgeholfen, und ich helfe auch bei der Befragung zur Arbeiterkammer mit. Ganz kurz zu den „sinnlosen“ 25 Millionen, Herr Kollege Payrleithner: Wer hat denn die Befragung verursacht? Die Führer ihrer Partei!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Eine Wortmeldung der Grünen? Keine. Wird ein neues Thema gewünscht? Die ÖVP-Fraktion hat noch ein Thema, bitte sehr.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich möchte es ganz kurz machen, damit auch der Herr Bürgermeister seine ihm zustehende Ehrung in Linz bekommen kann vom Landeshauptmann. Ich muß ein Thema in die Aktuelle Stunde hereinholen, weil es in die Aktuelle Stunde hereingehört, weil es dringend notwendig ist, damit es nicht in Vergessenheit gerät. Ich möchte einfach ein paar Stellen aus dem Kurzprotokoll des Round-Table-Gesprächs vom 16. Jänner 1996 zitieren. Es ging um das Jugendkulturhaus. Ich zitiere aus dem Kurzprotokoll:

„Herr Bürgermeister Leithenmayr beauftragt die jeweiligen Spezialisten des Magistrates mit einer Kosten-/Nutzenrechnung für die verschiedenen, zur Verfügung stehenden Standorte. Diese Daten sollen dann bis Ende März 1996 vorliegen. Der Trägerverein schickt demnächst das Anforderungsprofil für ein Jugendkulturhaus Steyr an den Magistrat. Weiters wird von der Kulturplattform OÖ parallel eine Expertenstellungnahme ausgearbeitet, die die in Frage kommenden Objekte im Hinblick auf ihre Eignung als Jugendkulturhaus untersucht.“

Ich meine, das Thema ist ein wichtiges Thema, es ist ein dringendes Thema, es darf nicht verschlafen werden. Darum habe ich es einfach noch einmal hereingeholt in die Aktuelle Stunde, weil es einfach wichtig ist. Ich bitte um eine Erledigung, ich bitte um Gespräche, einfach im Sinne unserer Jugendlichen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Ich kann dazu sagen, daß ich das als genauso dringlich betrachte und erachte und daß ich mehrfach urgiert habe, um das rechtzeitig - wie versprochen - zu bekommen. Man hat mir gestern gesagt, daß wir es morgen bekommen sollen. Also, morgen soll es fertig sein. Nein. Gestern hat man mir gesagt, daß wir es morgen bekommen. Also aus der Sicht von gestern übermorgen. Sehr

gut. Das war es. Meine Damen und Herren, wenn es kein weiteres Thema gibt - oder will jemand zu dem Thema noch diskutieren, ich möchte die Diskussion nicht abbrechen. Aber wenn diese Auskunft - denn da geht es ja eigentlich um eine Urgenz im wesentlichen - genügt, dann habe ich die Frage, ob noch ein weiteres Thema angesprochen werden soll von irgendeiner Fraktion? Wenn das nicht der Fall ist, dann ist die Tagesordnung für heute erschöpft. Ich bedanke mich für ihre Mitwirkung und schließe die heutige Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 18.03 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR Anton Obrist, GR Edith Radmoser, Gabriele Angerbauer, GR Marco Vanek